

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen  
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 5. November 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Vorwärts! — Aus dem Odenwald. — Der Wiener Gewerkschaftskongress und der Separatismus. — Mehr Einsicht. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Pneumatischer Meißel und Ornamentil. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Ein Jubiläum der Schnach. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband, seine Verwaltungs- und Finanzpraxis. — Feuilleton: Die Leidenschaftsgeschichte der fünf Steinmeisen. I. — Literarisches.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperrt sind:** Mainz: Marmorwarenfabrik J. N. Köbig. — Niederprünz: Firma Kinateder. — Königsberg: Granitwerk Eckart.

Im Granitbezirk des Odenwaldes (Heppenheim, Kirschhausen, Sonderbach, Hemsbach) sind wegen einseitiger Auslegung des Bezirkstarifs, soweit die Brecherarbeit in Frage kommt, ernstliche Differenzen ausgebrochen. Die Brecher sind am 24. Oktober in den Streik getreten, und die Steinmeisen, welche Brecherarbeit vertritten sollten, lehnten dieselbe ebenfalls ab. Daraufhin kündigten die Unternehmer etwa 150 Steinmeisen das Arbeitsverhältnis. Zugang in das Auslandsgebiet ist streng fernzuhalten.

**Neusorg.** Die Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke erklären den in diesem Jahr abgeschlossenen Tarif als zu hoch. Die Arbeiter im Stundenlohn sollen sich zwei bis drei Pfennige abziehen lassen, die Akkordarbeiter sollen sich den Tarif um drei Prozent kürzen lassen. Die Firma dient durch diese Tarifumgehung Arbeiten zum Erweiterungsbau des Nordostseehafens zu erreichen. Unsere Verbandsmitglieder lassen sich eine solche Lohnkürzung nicht gefallen.

**Baumholder.** Die Firma Burger verlangt, daß ihre Arbeiter aus dem Verbande austreten und die Bücher abgeben sollen. Zugang ist zu vermeiden.

**Dippach.** Die Granitfirma Tempel & Mainhold ist wegen Tarifreduzierung gesperrt. Die Firma scheint „Winterlöhne“ einführen zu wollen.

**Niederlamitz.** Wegen Nichteinhaltung des Tarifes haben bei der Fichtelgebirgs-Granit-Aktiengesellschaft die Kollegen am 31. Oktober die Arbeit niedergelegt.

Nach Redaktionsschluß meldet uns ein Telegramm, daß die Differenzen zu Gunsten der Kollegen erledigt sind. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

**Schweiz.** Gesperrt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Luffsteinarbeiter. — Zürich: Marmorfirma Schneebeli.

**Österreich.** Gesperrt sind folgende Orte: Osseg, Niederdorf, Göding, Mauthausen, Schwerberg, St. Georgen, Sattlingstein, Porg, Linz, Freistadt, Fürstenbrunn, Blaschke und Schubertkreise.

## Vorwärts!

Was aber ist deine Pflicht?  
Die Forderung des Tages.  
Goethe.

Die Arbeiterschaft steht in einer bewegten Zeitperiode. Das deutsche Unternehmertum, im Verein mit den bürgerlichen Parteien, lehnt nach Zuchthausgesetzen für diejenigen, die es den Kapitalisten ermöglichen, immer reichere Gewinne einzustechen. Der immense Fleiß der deutschen Arbeiter soll unternehmerseitig mit einer bodenlosen Rechtsverschlechterung belohnt werden. — In den bürgerlichen politischen Kreisen wird die Parole zum „Sammeln“ ausgegeben; man will den Hottentottenwahlshwindel von 1907 bei der nächsten Reichstagswahl in anderer Auflage aufleben lassen. Aber das sich die Arbeiter ein zweitesmal nicht so leicht einseien lassen, wissen auch die schamlosen Interessenspolitiker des Bürgertums.

Aus den meisten Erwerbszweigen kann jetzt noch berichtet werden, daß der Stand der Konjunktur ein günstiger ist, die deutschen Gewerkschaften haben in diesem Jahre um Zehntausende von Mitgliedern zugenommen, und mit großem Reid sehen die christlichen Gewerkschaften diesem glänzenden Vormarsch zu.

Auch der Zentralverband Deutscher Steinarbeiter kann im 3. Quartal dieses Jahres einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs buchen. Im letzten Quartal wurden etwa 1500 neue Mitglieder gewonnen und unser Verband hat gegenwärtig mindestens 21 000 Mitglieder. Wenn wir nicht die ganz genauen Ziffern vorlegen können, so deshalb, weil leider noch einige Abrechnungsformulare fehlen. Doch ein gewaltiger Fortschritt bezüglich der Mitgliedervermehrung ist bei uns unverkennbar. Die Ein-

führung einer niedrigen Beitragsklasse für die Hilfsarbeiter hat sich gut bewährt. Diese Neuerung war eine unbedingte Notwendigkeit, das zeigt schon das Ergebnis des 3. Quartals, in welchem diese Rendition zur Geltung kommt. Und die Agitation in der Zukunft wird unsre Meinung noch mehr bestätigen. Jedem Verbandskollegen muß das Herz höher schlagen, wenn feststeht, daß sich um die Fahne des „roten“ Steinarbeiterverbandes, wie die Gegner zu sagen pflegen, 21 000 Berufskollegen gruppieren.

Wir müssen aber gerade jetzt nochmals hinaustrufen in die Steinbruchgebiete: Kollegen, lebt mit unermüdlicher Emsigkeit in der Agitation ein, um im 4. Quartal abermals 1000 bis 1500 Mitglieder neu zu gewinnen. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn alle Kollegen in ihre Pflicht tun. Die Agitation auf den Werkplätzen, in den Steinbrüchen, auf den Verladerampen muß mit Umsicht gepflogen werden. Am erfolgreichsten wird in den meisten Fällen die gute eingeleitete Hausagitation sein. Diese Methode der Agitation wurde in der Steinindustrie bisher viel zu wenig beachtet. Aus den Bezirken Demitz-Thumitz, Striegau, Beucha-Brandis wird uns die Mitteilung, daß mit dem Betreiben der Hausagitation ganz respektable Erfolge erzielt wurden. Die Indifferenzen kommen nur in den seltensten Fällen in unsre Versammlungen; suchen wir sie deshalb in ihren Wohnungen auf und setzen ihnen in leichtverständlicher Weise den großen kulturellen Wert der Gewerkschaftsbewegung auseinander. Gelingt die Umstimmung nicht das erstmal, gut, dann muß ein zweiter und dritter Gang riskiert werden: denn Rom wurde auch nicht in einem Jahre erbaut. Unsre Kollegen, die einer körperlich sehr gefahrlosen Arbeit nachgehen, müssen Fähigkeit und Ausdauer besitzen, wenn es heißt, dem Verband etliche Stunden durch agitatorische Kleinarbeit zu nützen.

Weit über 13 000 Mitglieder schaffen zu tariflich geregelten Arbeitsbedingungen, und auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung haben wir ebenfalls ansehnliche Erfolge auszuweisen. Die Bundesratsverordnung hat nur unser Verband erklungen. Wo waren damals die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften? Jetzt gehen diese Leute mit unsren Erfolgen hausieren; sie schmeicheln sich überall als „billige Jaköbe“ ein, aber trotzdem sind diese Herrschaften auf den Aussterbeat gesetzt.

(Über den „großen“ christlichen Steinarbeiterverband wird an anderer Stelle dieses Blattes das nötige gesagt.)

Über den Aufstieg unseres sturmproben Verbandes im 3. Quartal möchten wir einige Detailziffern aus den Abrechnungen vorführen:

Die Zunahme bewegt sich folgendermaßen:

1. Gau (Berlin). Zahlstellen: Berlin 85.
2. Gau (Striegau). Zahlstellen: Beuthen 9, Strehlen 68, Striegau 110, Hirsch 101.
3. Gau (Dresden). Zahlstellen: Aue 25, Bautzen 22, Bischofswerda 34, Cunewalde 18, Demitz-Thumitz 135, Dresden-Pirna 76, Königsberg 19.
4. Gau (Leipzig). Zahlstellen: Altenburg 13, Wurzen 38, Beucha 53.
5. Gau (Erfurt). Zahlstellen: Jena 9, Gotha 9, Langensalza 9, Mühlhausen 27.
6. Gau (Hannover). Zahlstellen: Gommern 58, Eiterhagen 17, Hasserode 17.
7. Gau (Köln). Zahlstellen: Balduinstein 33, Becke 21, Blombachberg 30, Köln I 12, Dortmund 28, Düsseldorf 41, Kupferdreh 49, Mayen 62, Münster 26, Neuwied 17, Zinnhain 27, Elberfeld 21.
8. Gau (Mannheim). Zahlstellen: Alsenz 18, Darmstadt 15, Dürkheim 45, Hochstätten 100, Frankfurt a. M. 28, Ludwigshafen 14, Niederramstadt 39.
9. Gau (Karlsruhe). Zahlstellen: Erftstein 18, Kappelrodeck 22, Karlsruhe 14, Mühlhausen (Elsäss) 15, Seebach 12.
10. Gau (Regensburg). Zahlstellen: Weihenstadt 26, Niederlamitz 25, Aunkirchen 18, Bühlberg 24, München 27.
11. Gau (Würzburg). Zahlstellen: Würzburg 18, Bürgstadt 22, Ziegelanger 51, Grünsfeld 17.

Der 7. Gau, der von den Christlichen am meisten bedrängt wird, hat, wie Figura zeigt, den schönsten Mitgliederzuwachs zu buchen. Aber auch die übrigen Bezirke können sich mit den Zunahmen sehr wohl sehen lassen. — Nun werden sicherlich die Leser unsres Blattes geneigt sein, einzuhören: ja, für heuer ist es zu spät, um mit Elan nochmals mit der Agitation einzusehen. Nein, es ist nicht zu spät; denn mit dem Arbeitsmarkt ist es noch gut bestellt, wie nachstehende Ausschreibungen beweisen. Es werden benötigt:

Heidelberg, Wasserbauinspektion: 3000 qm Pflastersteine.

Schlüchtern, Eisenbahnbauabteilung: 163 cbm Werksteine.

Kattowitz, Eisenbahndirektion: 200000 Tonnen Steinbruchlag (= 20000 Eisenbahnwaggons).

Baderborn, Landesbauamt: 3704 cbm Deckensteine, 524 cbm Kleinpflastersteine aus Basalt oder Grauwacke.

Hagen, Landbauamt: 2872 cbm Basaltkleinschlag, 489 cbm Grauwackeleinpflaster.

Danzig, Magistrat: 1100 m Randsteine, 7000 qm Kleinpflastersteine.

Münster, Landesbauamt: 2519 cbm Deckensteine, 445 cbm Kleinpflastersteine.

Rathenow, Stadtbauamt: 13 000 qm Pflastersteine, 3130 m Randsteine.

Dortmund, Landesbauamt: 3500 cbm Basaltkleinschlag. Coblenz, Eisenbahnbauabteilung: 5500 cbm Basaltlava-Steinschlag.

Osnabrück, Eisenbahnbauabteilung: 1400 qm Pflastersteine.

Liegnitz, Magistrat: 10000 qm Pflastersteine, 2000 m Randsteine.

Trier, Eisenbahnbetriebsinspektion: 585 qm Werksteinabdeckplatten.

Mülhacer, Eisenbahnbauinspektion: 3840 cbm Schotter aus Mischelfalt.

Niederbarnim, Bauamt: 28 000 qm Pflastersteine und 11 700 m Streckensteine.

Hannover, Eisenbahndirektion: 1142 cbm Werksteine.

München, Magistrat: 49 680 qm Kleinpflastersteine, 65 108 qm Kopfsteine.

Bremen, Tiefbauinspektion: 3500 qm Pflastersteine aus Granit, erste Sorte, 32 000 qm Pflastersteine aus Granit, zweite Sorte, 2500 qm Pflastersteine dritte Sorte und 17 000 m Randsteine aus Granit oder Basaltlava.

Bochum, Landesbauamt: 3400 cbm Basaltkleinschlag.

Magdeburg, Eisenbahndirektion: 192 000 Tonnen Kleinschlag (gleich 19 200 Eisenbahnwaggons.)

Die Ausschreibungen sind aber damit noch keineswegs beendet. Steinbedarf macht sich aber weiter geltend in Bergedorf b. Hamburg, Coswig, Cottbus, Fürth i. B., Glogau (Reuterbrunnen), Großblittersdorf (Eaaibrücke), Halle a. S. (Straßenpflasterungen), Horst - Emmerich, Rheinland, (Straßenpflasterungen), und Klein - Flottbek (Straßenpflasterungen).

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, handelt es sich um ganz gewaltige Lieferungen, welche der deutschen Steinindustrie zugute kommen. Unsre Kollegen werden in den nächsten Monaten Arbeit in Hülle und Fülle bekommen. Und an den Lieferungen sind alle Berufsgruppen in der Steinindustrie sehr stark interessiert. Um die gewaltigen Aufträge von Pflastersteinen erledigen zu können, müssen die Abräumer, Bohrer, Brecher und Steintransporteure ihre schwierige Arbeit, die leider nur minimal entlohnt wird, getan haben. Da heißt es gerade die Saumseligen aufzurütteln und sie dem Verbande zuzuführen.

Dass die freien Verbände die Zeit zu nützen verstehen, geht aus einer Auslassung der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ hervor. (Siehe Nr. 43.) Das Blatt schreibt:

Namentlich die sozialdemokratischen Organisationen sehen schon seit Monaten alle Hebel in Bewegung, große Massen unorganisierter Arbeiter in ihre Fangarme zu bekommen. Ihre Vertaner Männer und auch die einzelnen Mitglieder entfalten eine Rührigkeit, die manch christlichen Arbeiter tief schämen mühte. Um jeden Mann, um jedes einzelne Mitglied muß heute gekämpft werden.

Dass uns die Gegner eine so große Anerkennung zollen müssen, mag ihnen besonders schwer fallen. Die naive Redensart: „Es nützt ja doch nichts“, kann heute tausendmal mit den erzielten gewerkschaftlichen Erfolgen widerlegt werden. Unsre Kollegen rufen in dieser ernsten Zeit zu: „Ich muß ihn wagen, den Kampf um die Freiheit wie den Kampf ums Leben, wie Fr. v. Sallet schrieb:

### Wagen und schlagen.

Eh' ihr es nicht werdet wagen,  
Wie auf einen Rauberschlag  
Eure Haut z. Markt zu tragen,

Kommt uns nicht der Freiheit Tag  
Vägelnd seht ihr, wie sie's treiben,

Gebt prophetisch zu verstehen:

„Still! Es kann ja nicht so bleiben,

Still! Es muß ja vorwärts gehn.“

Und so kommt ihr tausend Jahr noch

Sagen, daß es kommen muß,

Und wir rütteln fort kein Haar noch,

Immer gaffend übern Fluß.

Doch wenn keinen Kampf ihr waget,

Bleibt die Mumie ferner stehn,

Und wenn ihr sie nicht zerschlägt,

Wird die Knechtschaft nie zergiehn.

## Aus dem Odenwald.

Bereits seit einigen Jahren sind wir es im Verbandsvorstand gewöhnt, sobald der Winter im Anzuge ist, daß aus dem Granitbezirk Heppenheim und Umgebung Alarmnachrichten einlaufen! Die Unternehmer dieses Bezirks können es sich nicht verkneifen, beim Abschauen der Arbeit an dem Tarifvertragsverhältnis zu tütteln. Wer dann etwa den betreffenden Herren ihre böse Absichten vorhält, wird ihrerseits ganz verwundert angesehen und heimlich unter die „Heber“ einrangiert. Der Zweck dieser Übungen lag bisher in jedem einzelnen Hause klar. In den vorhergehenden Jahren galt es durch Massenfindigungen und Entlassungen unsre Kollegen bei der Erneuerung des Bezirkstarifs gefügig zu machen und jetzt, wo eine Erneuerung noch nicht in Frage kommt (der Tarif hat noch Gültigkeit bis 1911), soll die Mindeinstellung der freien Jahreszeit durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgeglichen werden. In welcher Weise die Unternehmer es beabsichtigen und im

„guten Glauben“ sich dabei auf den Tarif berufen, wird im weiteren Verlauf dieses Artikels dargelegt werden. Sie sind jedenfalls der Ansicht, weil nun schon dreimal die dortigen Steinarbeiter sich den Verhältnissen anpassen oder vielmehr anpassen mussten, auch diesmal ihre Absicht durchsetzen zu können. Ja, es hat überhaupt den Anschein, als wenn einige Unternehmer sich nach und nach zu der Anschauung durchdringen, daß ein Tarifvertrag nur die Aufgabe habe, die Ansprüche der Arbeiter während des flotten Geschäftsganges zu unterbinden, damit sie, die Unternehmer, in aller Gemütsruhe produzieren können. Ist dann der flotte Geschäftsgang vorüber, wird den Arbeitern für ihr „Stillhalten“ auch noch eine „Belohnung“ in Form von Verschlechterungen präsentiert. Dass diese Tarifpolitik bei uns kein Verständnis findet, dürfte wohl auch den Unternehmern klar sein. Haben wir uns auch einmal aus taktischen Gründen den jeweiligen Verhältnisse angepaßt, so soll es dagegen nicht zur Gewohnheit werden! Das mögen sich die Unternehmer des befreifenden Bezirks recht deutlich gesagt sein lassen!

Den lebigen Differenzen liegt folgendes zugrunde: Im Januar 1910 wurde nach langwierigen Verhandlungen der Bezirkstarif erneuert und auch einige kleine Verbesserungen gegen den vorhergehenden Tarif erzielt. Einige Bestimmungen, die schon seit nahezu vier Jahren im alten Tarif vorhanden waren und auch bisher keine Anstände gegeben hatten, wurden in den erneuerten Tarif übernommen; so die Position, die die Akkordlöhne für Stöher vorsah. Letztere arbeiteten seit langen Jahren, mit Ausnahme Unorganisierter, in einem Betrieb (Firma Rüth, Liebersbach) alle im Stundenlohn. Die Verhandlungskommission, die im Frühjahr 1910 unserseits den Tarif zum Abschluß brachte, legte deshalb dieser Position auch keine Bedeutung bei, als von Herrn Rüth mit dem Hinweis auf Liebersbach die Übernahme aus dem alten Tarif verlangt wurde. Bei dieser Gelegenheit fragt der unparteiische Verhandlungsleiter allgemein, ob Akkordarbeit für die Stöher in Frage kommen könne. Darauf gab Herr Bräuer aus Kirschhausen eine ganz unbestimmte Antwort für seinen Betrieb und die andern Herren schwiegen sich aus. Die Position wurde dann auf Wunsch unserer Kollegen, im Interesse der Unorganisierten um einige Pfennige aufgebeffert.

Für unsere Verbandskollegen hatte also nach dem bisherigen Gebrauch diese Bestimmung keine Bedeutung, sie hätte ihretwegen also ruhig herausbleiben können. Unsere Kommission hatte unter Berücksichtigung dessen gar keinen Grund, gegen die Einführung in den neuen Tarif zu protestieren. Denn 1. arbeiteten die Stöher seit Jahren nur im Stundenlohn, 2. gestattete die Betriebsweise in den Brüchen keine Akkordarbeit und 3. regelte die in Frage stehende Position die Stöherarbeit nur recht mangelhaft.

So war die Situation bei der Tarifverhandlung im Januar 1910. Auch werden die Unternehmer wissen, daß diese Verhandlungen den Zweck hatten, die bis dato bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hatten sie also damals schw. die Absicht, dann geboten Trenn und Glauben, damit herauszulösen und unsere Kommission hätte dann auch die Angelegenheit behandelt, wie es sich gehört. Dass die Unternehmer sich ausschwiegen, erinnert an die Art und Weise der Röntgenstrahlen.

Die Betriebsweise in den Brüchen erfordert noch einige Veränderungen. Die Stöher haben die Arbeitsstücke auf Maß zu stoßen und oberflächlich zu bossieren. Sie erhalten nach dem Tarif einen Stundenlohn von 50 bis 58 Psa., wenn es gelernte Steinmeher sind. Aber nicht nur dieses hatten die Stöher zu verrichten. Sie waren sozusagen „Mädchen für alles“, mußten kranen, klettern, bohren, brechen usw., also Arbeiten ausführen, die in gut geleiteten Betrieben Tagelöhner verrichten, aus dem einfachen Grunde, weil es billiger ist.

Mit Ausnahme eines Steinbruches sind die Zustände in den andern Brüchen haarräubend; das ist Raubbau, aber kein Abbau der Felsen und man muß sich wundern, daß in diesen Brüchen nicht noch mehr Menschen zerschmettert werden, wie es bisher der Fall war. Gerade der Steinbruch des Unternehmers, der bei der Tarifunterhandlung über die eventuelle Akkordarbeit der Stöher die gewundene Erklärung abgab, sieht aus, als wenn ein Erdbeben alles durchheinander gewürfelt hätte. Wie bei diesen Zuständen die Stöher im Akkord ihren Lohn verdienen sollen, ist vorläufig noch Geheimnis der in Frage kommenden Unternehmer. Abhilfe ist nur möglich, wenn Hilfsarbeiter eingestellt werden, welche die Nebenarbeiten der Stöher verrichten, die Brüche auszuräumen vom Abfall und Schutt und dauernd diesen Zustand aufrecht erhalten. Erst dann kann die Einführung der Akkordarbeit erwogen werden; allerdings müssen dann noch die vor kommenden Arbeiten tarifiert werden, sonst nimmt die Streiterei am Zahltag kein Ende.

Grundsätzlich sind unsere Kollegen nicht gegen die Akkordarbeit, aber wie die Verhältnisse dort jetzt sind, ist es auch nach unserer Meinung unmöglich. Den Unternehmern sind diese Zustände ebenso gut bekannt, und wenn sie trotzdem auf ihrer Absicht bestehen, dann ist das etwas „starker Tabu“ und man geht nicht fehl, zu vermuten, daß noch mehr dahinter steht.

Interessant ist nun die Behandlung dieser Angelegenheit durch die Unternehmer. An der Hand der Korrespondenz wollen wir nachweisen, daß die Unternehmer von vornherein durch Gewalt den Protest der Steinarbeiter beseitigen wollten.

Am 5. Oktober 1910 hielten die Unternehmer eine außerordentliche Generalversammlung ab und beschlossen:

Vom nächsten Zahltag ab muß in sämtlichen Betrieben der Verbandsmitglieder im Akkord gestoßen werden. Nach Position 25 des Bezirkstariffs.

Der Firma Odenwald-Granitwerke in Weinheim wird wegen ihres Maschinenbetriebs beim Stoßen gestattet, vorerst im Tagelohn weiter stoßen zu lassen. Die Firma hat jedoch bis zum 1. Januar dem Vorstand mitzuteilen, welchen Akkordsatz sie für Stoßen festsetzen kann.

Ausdrücklich wird beschlossen, daß kein Verbandsmitglied einen Stöher oder Steinmaler einstellen darf, welcher wegen Einführung des Akkordstosens bei einer andern Firma ausgetreten ist, und zwar in der Zeit von jetzt bis 1. Januar 1911. Denjenigen Verbandsmitgliedern, welche ihre Steine selbst stoßen (?), wird erlaubt, bis auf weiteres im Tagelohn zu stoßen. (?)

Jede Übertretung wird gemäß der Verbandszulassungen mit 500 M. Konventionalstrafe belegt.

Dieser Beschluß ist den Unternehmern des Bezirks zugestellt, die dann auch am 6. Oktober unsre Kollegen auf die Veränderung ab nächsten Zahltag aufmerksam machen. Ja, einer der Herren war so übereifrig, daß er sofort die Akkordstöherei verlangte. Erst nachdem unsre Kollegen durch Arbeitsruhe protestierten, wurde die Galgenfrist verlängert.

Für den Bezirk wurde beim Tarifabschluß auch eine Schiedsgerichtsordnung vereinbart, deren § 2 vorsieht, daß alle aus dem Tarifverhältnis entstehenden Differenzen dem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen. Nun ist leider der unparteiische Vorstehende gestorben. Aber der Todestag des Vorstandes kann doch kein Grund sein, sich über das Schiedsgericht ohne weiteres hinwegzusezen; denn als die Arbeiter durch eine Zuschrift an den Unternehmerverband, Sitz Heppenheim, gegen die Einführung protestierten, mußte nach unserer Auffassung das Schiedsgericht angerufen werden. Statt dessen ging aber dem Vorstehenden unser Zahlstelle Kirschhausen, Kollegen Moosmüller, folgendes Schreiben zu:

Im Besitz Ihrer Zeitschrift teilen wir Ihnen mit, daß der Verband gesungen war, daß im Tarif bestimmte Akkord-

stoßen allgemein einzuführen, da die Unternehmer bei dem Tagelohnstoßen ihre Rechnung nicht finden konnten.

Der Verband hält seinen diesbezüglichen Beschluß aufrecht, und machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir ein Verweigerer des Akkordstosens als einen Tarifbruch ihrerseits betrachten, und sofort weitere Maßnahmen treffen werden.

Weil die Unternehmer ihre Rechnung nicht finden konnten, darum also soll die Akkordarbeit durchgedrückt werden. Ja, wenn die Stöher alle mögliche Arbeit verrichten müssen, dann kommen die gestoßenen Broden allerdings teuer. Dieses herauszufinden, verlangt doch keine Geistesstärke. Nun war doch logischerweise unsre Kollegenschaft gezwungen, weil grundsätzlich der Akkord nicht abgelehnt werden kann, Garantien zu verlangen, daß Tagelöhner eingestellt werden, sie nicht die Nebenarbeiten umsonst machen müssen, und daß die vorkommenden Arbeiten tarifiert werden. Solche Forderungen gingen selbstredend den Unternehmern zu, und ihre Antwort war:

Beschluß wird hochgehalten. — Forderung der Arbeiter Ruin der Odenwald-Granitindustrie. — Tarifbruch der Arbeiter. — Die Unternehmer werden schon in ihrem eigenen Interesse bemüht sein, geordnete Verhältnisse zu schaffen, um den Stöhern ein ungeliebtes Akkordarbeiten zu ermöglichen.

In diesen Sätzen liegt die Antwort der Unternehmer, und wenn da nun von einem Tarifbruch geredet wird, da ist es die Taktik, die einmal ein Dieb benutzt, als er sich verfolgt fühlt, indem er sich eiligt unter die Verfolger mischt und am laufenden schreit: „Haltet den Dieb!“

Wir bestreiten, einen Tarifbruch begangen zu haben; und angenommen, es wäre wirklich einer, dann sind die Granitindustriellen, Sitz Heppenheim, die legten, die sich darüber entzüten können. Jahrrelang haben sie es den Arbeitern vorgebracht. „Wer also im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

Am 22. Oktober wurde dann der Bezirksvertrauensmann, Kollege Fischer, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unternehmerverbandes bestellt und ihm bedeutet, daß noch 14 Tage nach dem alten System gearbeitet werden könne, denn mittlerweile war auch die Kündigungsfrist abgelaufen. Unser Kollege verzichtete selbstredend auf diese gnädige Gewährung und lehnte namens der in Frage kommenden Steinarbeiter die Verzögerung ab. Am 22. Oktober wurde dann auch in allen Betrieben angekündigt, daß vom 24. Oktober (Montag) ab nur noch im Akkord gearbeitet werde.

Dieses ist so in kurzen Zügen die Entwicklung der Differenzen. Auf welcher Seite hier Tarifbruch verübt wird, ist nicht schwer zu entscheiden. Die mittelalterliche Auffassung, daß nur die Unternehmer bei solchen Änderungen allein entscheiden können, mögen sich die Granitindustriellen, Sitz Heppenheim, abgewöhnen; sie wissen ebenso gut wie die Steinarbeiter, daß die gewaltfame Auslegung der Tarifposition für die Steinarbeiter Stochprügel auf den Magen bedeuten, und hier ruhig stillhalten, ist nicht nach dem Geschmack der im Steinarbeiterverband organisierten Steinarbeiter des Odenwalds. Darum die Abwehr!

Am 23. Oktober fand im Saale des Herrn Schmaderer in Kirschhausen eine Bezirksversammlung statt. Der große Saal konnte die aus dem ganzen Bezirk herbeigekommenen Kollegen kaum fassen. Der Bezirksvertrauensmann, Kollege Fischer, berichtete über den Lauf der Differenzen und appellierte an die Versammlung, ohne Leidenschaft und mit der nötigen Überlegung die richtige Entscheidung zu treffen. Der Vertreter des Vorstandes, Kollege Siebold, gab dann den Beschluß der Vertrauensmännerzung bekannt, daß die Stöher am Montag der Arbeit fernbleiben und die Steinmeher jede Stöherarbeit zu verweigern haben. Es sollte dann am Montag noch einmal versucht werden, eine Kündigung, mit den Unternehmern herzustellen; so lange es nicht, dann müsse eine spätere Versammlung sich weiter dandeln und schärfere Maßnahmen treffen; vorläufig soll vom Abwehrstreit nicht geredet werden. Siebold begründete den Beschluß der Leitung in längeren Ausführungen. Die Betriebsweise in den Brüchen wurde eingehend besprochen. Nach kurzer Debatte hieß die Versammlung den Kommissionsvorschlag einstimmig gut.

Am 25. Oktober fanden nachmittags in Kirschhausen und abends 8 Uhr in Heppenheim je eine Versammlung statt, um Bericht über die angekündigten Verhandlungen entgegenzunehmen. Kollege Siebold berichtete in beiden Versammlungen, daß der Unternehmerverband jede Unterhandlung über die strittige Position ablehne und unser Vorgehen mit Tarifbruch bezeichne. Die Stöher seien den Brüchen ferngeblieben; dadurch wären die Bruchbetriebe so gut wie lahmgelegt. Der Unternehmer Bräuer in Kirschhausen habe sogar den Steinmeher, die das Stoßen verweigerten, gedroht, sie durch Gendarmerie dazu zwingen zu wollen. So gehe die Sache denn doch nicht, aber es zeige, welcher Geist bei unsrer Tarifkontrahenten herrsche. Am Montag sei dann allen Steinmeher, Schmieden und Hilfsarbeitern, lebhafte soweit sie Mitglieder unsres Verbandes sind, gekündigt worden. Die Unternehmer in ihrer Kurzstichtigkeit wollen den Kampf, das gehe aus ihrem ganzen Verhalten her vor. Und, wie immer bei solchen Differenzen, haben jetzt die Arbeiter die Schuld, weil sie sich anmaßen, bei dieser Änderung der Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden zu wollen. Es wurde nur beschlossen, den Kampf aufzunehmen, weil es unmöglich ist, bei den Bruchverhältnissen das Verlangen der Unternehmer anzunehmen. Eine Leitung aus sieben Personen wurde gewählt und ferner beschlossen, daß, solange die Kündigung in den andern Orten nicht abgelaufen ist, sich sämtliche Beteiligte in Kirschhausen zur Kontrolle zu melden haben. Siebold gab dann weitere Verhältnismäßigregeln. Nachdem noch einige auf die Abwehrbewegung Bezug habende Interna erledigt und der Gauleiter Sarfert ein kurzes Resümee der Angelegenheit gegeben hatte, fanden die Versammlungen ihr Ende.

Damit ist der Kampf perfekt. In Kirschhausen sind bereits circa 150 Kollegen beteiligt. Die übrigen werden erst nach Ablauf der Kündigungsfrist hinzukommen. Die Kollegen andernorts haben nun dafür zu sorgen, daß Arbeitswillige nicht zu ziehen. H. S.

## Der Wiener Gewerkschaftskongress und der Separatismus.

Der Wiener Gewerkschaftskongress, der soeben seine Beratungen beendet, hat zweifellos in der Frage des Separatismus die glücklichste Entscheidung getroffen, als er, den Antrag der Gewerkschaftskommission abändernd, beschloß, daß bei den „Einführungshandlungen“ mit den Separatisten an den grundlegunglichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation festzuhalten sei. Der Resolutionsentwurf der Reichskommission sprach bloß von der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kampfe. Das aber, so wendeten die centralistisch eingestellten Kollegen mit Recht ein, kann man ebenso gut mit nationalen oder christlichsozialen Arbeitergruppen vereinbaren. Man hätte mit einer solchen Fassung nicht bloß dem Separatismus einen mühseligen Sieg geboten, es wäre erst recht die Einigung nicht gesichert gewesen. Wer konnte die Separatisten daran hindern, den Antrag der Kommission gegen die Centralisten zu lehnen? Diese, die so viel für die einheitliche Organisation gesessen haben, durften nicht nachgeben, und es schlug dem Kongress zum Heile aus, daß die Reden der tschechischen Centralisten in der Separatismusdebatte den breitesten Raum einnehmen, denn hier sprechen Kenner der Menschen und Verhältnisse, sprechen Leute, denen die bittersten Erfahrungen alle Illusionen geraubt haben.

Die tschechischen Centralisten erwarten von dem Friedenswillen ihrer Gegner gar nichts. Dass die tschechischen Vertreter in der Gesamtregierung kurze Zeit vor dem Kongress der Einberufung einer Einigungskonferenz zugestimmt haben, flößt ihnen nicht das geringste Vertrauen ein. Sie machen vielmehr darauf aufmerksam, daß die Separatisten stets friedliche Mienen annehmen, wenn sie einen neuen Vorstoß vorbereiten. So hat sich seinerzeit Baneck in Brünn in dem Augenblick gegen die Erneuerung der Holzarbeiterorganisation ausgesprochen, als er die Statuten der Sonderorganisation bereits in der Tasche hatte, so wurden in diesen Tagen den Eisenbahnen in Prag die schönsten Zusicherungen gemacht, schon aber ist in dem mährischen Eisenbahnhofenpunkt Prerau die Bildung einer separatistischen Organisation im Gange, die sicherlich wenigstens bei der mährischen Centralverwaltung die Anerkennung finden wird. So und ähnlich sind nach und nach alle Centralverbände zerrissen worden. Die geheime Minierarbeit hatte zumeist den Zweck, das Geld der Organisation in die separatistischen Vereine hinüber zu lotzen. Ein besonders dreister Anschlag fällt unmittelbar vor dem Kongress. Der Redakteur des Bergarbeiterfachblattes in Mährisch-Östrau, Budil, meldete der Behörde, ohne der Organisation Mitteilung zu machen, daß er den Sitz des Blattes nach Kladno verlege und mache Versuche, die 50 000 Kronen Verbandsvermögen loszuwerden, beides wurde noch im letzten Augenblick vereitelt. Man hatte sich zum Glück von ihm vorher einen Revers unterschreiben lassen, daß er nicht der Eigentümer des Blattes sei. Dazu gedenken sich noch schlimmste Mittel, die an das Gehaben der Gelben erinnern. Die Steinbrüder vereinbarten in Nordböhmen für die Chemigraphenbranche den Abstundentag, darauf setzten die Separatisten im Lohntarif eine Arbeitszeit von 8½ Stunden fest. In Třebíč fangen die Separatisten die Arbeiter durch niedrigere Beiträge ein. Dergleichen geschieht nicht erst heute. Schon 1906 bei der Bauarbeiteraussperrung rieten die Separatisten den Arbeitern, sie sollten sich einzuweisen von Wien unterstützen lassen, nach der Aussperrung jedoch übertreten.

Man bemerke danach die Friedenshoffnungen, man bemerke sie nach der Sprache der separatistischen Blätter, die nach Kopenhagen noch gehässiger ist als vorher, man bemerke sie vor allem nach den Taten. Gleich nach Kopenhagen verfammelte sich die Vertrauensmännerkonferenz der Separatisten. Sie lobte das Verhalten der Nemec und Genossen in Kopenhagen, erklärte unverblümmt, der Kongreß habe aus falschen Informationen herausfalsch gehandelt, verpflichtete jeden tschechischen Arbeiter, Mitglied der separatistischen Konsumvereine zu werden und verhinderde die Gleichwertigkeit der Prager Kommission mit der Reichskommission. In den Versammlungen huldigte man wochenlang dem schönen Sport, Entrüstungsresolutionen gegen Adler zu erlassen. Gerade als die Gesamtregierung ihren verhöhnlichen Beschluß faßte, wurde in Brünn der entscheidende Schlag geführt. Nach der Meisterschaft hatte die Mährische Landesregierung mehrere Organisationen als außerhalb der Partei stehend erklärt. Das geschah, um die Centralisten durch ein politisches Gewaltmittel in die Enge zu treiben, man entzog ihnen alle Möglichkeiten politischer Organisation. Nun bauten nach langem Harren die ausgesperrten Organisationen ihre politische Tätigkeit aus. Die separatistischen Blätter schlugen Lärm: Auf Wiener Geheiß schaffe man die Gegenpartei. Und nun erschien ein Iltas, unterschrieben von Baneck, Tusa und Bausar, die „im Namen“ der Bandes und der Wahlvereinselektrive das Interdikt über zwölf Lokalorganisationen wiederholte und dreizehn der ältesten und tüchtigsten Gewerkschaftsorganisationen aus der Partei ausschloß. Dass Mitglieder „außerhalb der Partei stehender Organisationen“ ausgeschlossen werden können, wäre als politisches Kuriosum zu bewerten, wüßte man nicht, daß hier bloß die Abgeperchten Organisationen ihre politische Tätigkeit aus. Die separatistischen Blätter schlugen Lärm: Auf Wiener Geheiß schaffe man die Gegenpartei. Und nun erschien ein Iltas, unterschrieben von Baneck, Tusa und Bausar, die „im Namen“ der Bandes und der Wahlvereinselektrive das Interdikt über zwölf Lokalorganisationen wiederholte und dreizehn der ältesten und tüchtigsten Gewerkschaftsorganisationen aus der Partei ausschloß. Dass Mitglieder „außerhalb der Partei stehender Organisationen“ ausgeschlossen werden können, wäre als politisches Kuriosum zu bewerten, wüßte man nicht, daß hier bloß die Abgeperchten Organisationen ihre politische Tätigkeit aus.

In Olmütz, wo gleichfalls sechs Centralisten über die Klinge sprangen, leistete man sich noch den Spah, im Jargon des Pragerparteis von 1864 den zentralen Sekretären „verderbliche und umstürzlerische Tätigkeit“ nachzufügen. An Schwindel wiederaufgeht es dem centralistischen Schrein Chalupa, daß ihn ein Separatist in einer Holzarbeiterversammlung also apotheotisierte. Die deutst. Sekretäre, die von Wien bezahlt werden, sind wie Taten in Mähren eingebrochen und plünderten das tschechische Volk aus, wie unsre ärgsten Feinde. Als Chalupa am nächsten Tag auf den Bahnhof kam, überfielen ihn berauschtes Rekruten, die ihn einen Verkäufer, einen Schurken nannten. Das sind die einladenden Friedensstimmungen. Der Brünner Volksfreund, der sonst immer zum Frieden redet, meint, die Baneck und Genossen würden sich es überlegen, wieder ins Dunkel zurückzutreten, da sie jetzt im Mittelpunkt des Interesses der tschechischen Öffentlichkeit stehen. Freilich nützen ihnen alle „Sympathien“ herzlich wenig. Die Rednost hat die Hälfte ihrer Abonnenten verloren, der Durchschnitt ist von 6000 auf 4000 Exemplare gefallen, in manchen Orten sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Hälfte der Zahl herabgesunken. Der Streit wird besonders in Mähren die Bewegung um ein Jahrzehnt zurück.

## Mehr Einsicht.

H. B. In letzter Zeit zeigt sich unter den Kollegen eine tiefgehende Misstrauensstimmung. In Wort und Schrift macht sich der Misstrauens gegen die Verbandsleitung in einer Weise bemerkbar, die nicht im Interesse der Organisation liegt. Kritik zu üben ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Mitglieder, wenn sie dem ehrlichen Bestreben entspringt, die Organisation vorwärts zu bringen, aus gemacht Fehlern zu lernen, die Waffen zu schärfen und bestehende Gemeinschaften zu beseitigen. Der Centralvorstand ist es dann zunächst, auf dessen Schuldenlasten sich die Schale des Börnes ergiebt. Aber nicht er allein, die Verbandsfunktionäre, ob befördert oder nicht, sind dann die Mithuldigen. Wer den Mut findet, den engbegrenzten Vokal- oder Betriebsinteressen gegenüber das Allgemeininteresse in die Wagschale zu werfen, muß damit rechnen, daß er den gehässigsten persönlichen Angriffen ausgesetzt ist.

Die Unzufriedenheit der Kollegen entspringt meist den vermeintlich zu geringen Erfolgen und Fortschritten auf dem Gebiet der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Tatsache, daß diese Verbesserung nicht in dem Maße vorwärts geht, als es im Interesse eines Ausgleichs mit der rapid steigenden Versteuerung der gesamten Lebenshaltung notwendig gewesen wäre. Auch hat es den Anschein, als wenn sich dies Tempo gegen früher merklich verlangsamt hätte. Angesichts der Tatsachen ist die Unzufriedenheit der Kollegen eine nur zu bekräftigende. Aber die Unzufriedenheit wendet sich in ihrer Kritik an eine falsche Adresse und sucht die Ursachen dort, wo sie nicht allein liegen.

Endigt eine Bewegung in einer jüngeren Zahlstelle des Verbands nicht in erhoffter Weise, so sind die Kollegen leicht geneigt, dem Verband die ganze Schuld aufzubürden. Die Kollegen der jüngeren Zahlstellen betrachten vielfach die Organisation als eine über ihnen thronende Macht, die alles kann, wenn sie nur will, ohne jedes Gutun der Arbeiter. Die Organisation ist das Arsenal, aus dem die Waffen entnommen werden können. Doch die schärfsten Waffen bleiben wirkungslos, wenn sie sich nicht in den Händen von Kämpfern befinden. Waffen und Munition liefert die Organisation, Kämpfer müssen die Mitglieder sein. Auch die stärkste Organisation wird den Unternehmern nicht imponieren, wenn sie nicht überzeugt sind, daß die Mitglieder der Organisation, mit denen sie gerade zu tun haben, von dem Geist und dem Opfermut erfüllt sind, der bereit ist, alles daran zu setzen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Das vergessen unsre jüngeren Mitglieder vielfach. Alles erwarten sie von der Organisation, ohne ihr eigenes Gutun.

Die Quelle der Misstrauensstimmung in den Kollegenkreisen

keit zugunsten der Zentralgewalt bei der Entscheidung über die Taktik und die anzuwendenden Kampfmaßnahmen. Diese Verschiebung der Bestimmungsbefugnisse entspringt nicht eignen Machtelüsten der Zentralleitungen, sondern ist eine logische Folge der Entwicklung der beiderseitigen Organisationsverhältnisse. Die ursprüngliche Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Unternehmer ist der Vereinbarung zwischen organisierten Vielheiten auf beiden Seiten gewichen. An Stelle des individuellen (persönlichen) trat der korporative (gemeinsame) Arbeitsvertrag, die Tarifgemeinschaft. Beginnend auf lokaler Grundlage, bewegte sich diese Entwicklung über Bezirks- oder Landesverträge in der Richtung auf Reichsverträge zu. Zurzeit ist dieses beiderseitigen Organisationen verwirklicht worden. Die Tendenz ist in allen Berufen festzustellen, in denen die Bedingungen dazu vorhanden sind. In manchen Berufen liegt diese Tendenz nach zentralen Tarifverträgen noch nicht klar zutage, aber in allen ist schon jetzt eine zentral geleitete Kampftaktik bei den Kämpfen um Tarifverträge vorherrschend und für alle ins Auge springend. Auch beim Abschluß lokaler Verträge greifen die Zentralleitungen bestimmt ein. Durch diese Verschiebung der Verhältnisse werden die Kämpfe um die Arbeitsbedingungen an einem einzelnen Orte immer mehr aus dem Rahmen der lokalen Bedeutung herausgehoben und zu Fragen der Allgemeinheit, zu Machtfragen gestempelt.

Im Vordergrund derselben steht die prinzipielle Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterorganisationen bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Seitens der Unternehmer wird auch ein lokaler Lohnkampf nicht vom Gesichtspunkt der Berechtigung und Durchführbarkeit der gestellten Forderungen betrachtet, sondern vom Standpunkt der strikten Vereinbarung jeden Zugeständnisses. Der Grad des Abweichens von diesem Standpunkt richtet sich nach dem gegenseitigen Machtverhältnis und den Machtmitteln, die beiden Organisationen zur Erreichung ihres Zwecks zur Verfügung stehen. Eines der wichtigsten Machtmittel der Organisationen ist die finanzielle Leistungsfähigkeit. Bei allen taktischen Maßnahmen müssen die zu erwartenden finanziellen Ansprüche in Einklang gebracht werden mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Dies gilt vornehmlich für die Arbeiterorganisationen. Die Überstreich über dies Verhältnis ist nur der Zentralleitung möglich, die, losgelöst vom engbegrenzten Lokalstandpunkt, das Allgemeinfamppfeld übersehen und Anspruch und Leistungsfähigkeit in Übereinstimmung bringen kann.

Der Anspruch auf die Kampfmittel der Organisation steht allen Mitgliedern zu. Sie dürfen daher nicht erschöpft werden zugunsten einer einzelnen Mitgliedschaft. Die widersprechenden Auffassungen einzelner Mitgliedschaften gegenüber der Auffassung der Allgemeinheit über die Inanspruchnahme der Machtmittel der Organisation auszugleichen, ist die schwierigste und unanbarste Aufgabe der Zentralleitung. Mag diese nur verfügen wie sie will, auf einer Seite wird sie Widerspruch finden. Die Kämpfe der letzten Jahre bringen uns dafür Beweise genug. Je nachdem Kollegen an Kämpfen aktiv beteiligt waren oder nicht, waren ihnen die Aufwendungen zu geringe oder zu hohe. Die beteiligten Kollegen sind meist der Auffassung, daß ein Kampf um das gesteckte Ziel unter allen Umständen aufgenommen bzw. daß er weitergeführt werden muß. Die Nichtbeteiligten halten den ganzen Kampf bzw. die lange Ausdehnung des Kampfes für verfehlt.

Die Verantwortung des Zentralvorstands, der auf den Verbandstagen zur Rechenschaft gezogen wird, ist durch diese Verhältnisse eine fast erdrückende geworden. Sie wird noch immer größer durch die wachsende Kompliziertheit und das Einandergreifen der Beziehungen örtlich weit getrennter Industriebezirke zueinander. Die Kollegen am Ort verlangen vom Zentralvorstand, daß es schaltlose Einsichten, einen geklauten Machtmittel für ihre Forderungen, deren Berechtigung gar nicht bestreiten werden soll. Ihr Haus über ist, ihre Welt. Der Zentralvorstand hingegen hat aber noch andre Verpflichtungen als nur einer Zahlstelle gegenüber. Die Unternehmer sind durch ihre Verbandsleitung genau unterrichtet, wie die Allgemeinlage gestaltet ist. Je nach den Verhältnissen werden sie ihre Stellungnahme einrichten. Auschlaggebend ist für sie nicht die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter am Ort allein, sondern deren Organisation. Ist die Allgemeinlage nicht günstig, so wird der Zentralvorstand hier und da von einem Angriff abraten müssen, im Interesse der Durchführung etwaig schwäbender wichtiger Fragen. Die Kollegen müssen sich im Interesse der Disziplin und der Aktionsfähigkeit des Verbands der Entscheidung der Verbandsleitung fügen. Aus taktischen und kollektiven Gründen wollen wir Abstand nehmen, bestimmte Fälle anzuführen, aber die lebte Zeit war leider recht lehrreich in dieser Beziehung.

Es mag für die Beteiligten oft recht hart sein, auf die Durchsetzung einer berechtigten Forderung oder die Abwehr einer Verschlechterung zu verzichten. Das Allgemeininteresse muß in solchen Fällen höher stehen als Lokal- oder gar Betriebsfragen. Entscheidend ist in solchen Fällen nicht das Wollen, sondern das Können. Da darf nicht allein das Gemüt entscheiden, sondern vor allem die Vernunft. Die Mitglieder müssen das Vertrauen in die Verbandsleitung haben, daß diese mit allen Kräften ehrlich und unparteiisch bestrebt ist, die Interessen aller Mitglieder im Rahmen der Möglichkeit und unter Berücksichtigung der vorliegenden Verhältnisse zu vertreten.

Die Gegenseite zwischen dem lokalen Interesse und dem von der Zentralleitung vertretenen Allgemeininteresse haben aus Anlaß verschiedener Kämpfe der letzten Zeit zu einem gereizten Verhältnis zwischen einigen Mitgliedschaften und dem Zentralvorstand geführt. Das liegt nicht im Interesse eines gedeihlichen Hand-in-Hand-arbeitens. Um so weniger, als diese Stimmung auch weiter auf unbeteiligte Orte übertragen werden ist. Schlimmer ist aber, daß das Ansehen der Zentralverbands gegenüber den Unternehmern ganz erheblich leiden muß, wenn der Vorstand durch eigenmächtige Maßnahmen einzelner Mitgliedschaften gezwungen wird, diesen gegenüberzutreten und ihnen eventuell finanzielle Unterstützung verweigern muß. Die Unternehmer müssen darin eine nicht bestehende Schwäche der Organisation erblicken und in ihrem Widerstand gegen alle Zusagen verstärkt werden. Ganz abgesehen von den materiellen Schädigungen der Verbandsklasse, die dadurch hervorgerufen wurden. Unsre Aktionsfähigkeit wird geradezu in Frage gestellt, wenn in Augenblicken äußerster Inanspruchnahme des Verbands verschwindende Minderheiten alle taktischen Maßnahmen über den Haufen werfen und dadurch Folgen herausbeschwören, die unabsehbar sein können. Wälzt man dem Zentralvorstand die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit des Verbands auf, dann darf man ihm auch nicht die Durchführung seiner Maßnahmen durch disziplinwidrige Seitenstürze erschweren. Die Verbandsleitung muß in der Lage sein, die in ihrer hand konzentrierten Machtmittel so anzuwenden, wie es die Bedeutung der jeweils schwelenden Streitfragen erfordert, ohne befürchten zu müssen, im kritischen Augenblick von irgend einer Mitgliedschaft in Zwangslagen versetzt zu werden.

Das sind Selbstverständlichkeiten, die gar nicht erst erörtert werden sollten. Die Vorkommnisse der letzten Zeit erfordern aber, daß darauf mit aller Deutlichkeit verzinsen werden muß. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß ein gewisser Bürokratismus in den Gewerkschaften entstehen mußte. Das ist nicht Schuld der Zeitungen, sondern ist in den Verhältnissen begründet. Je mehr die Mitglieder von eigenmächtigen Beschlüssen zu einer gerechten Wiedergabe der Verhältnisse übergehen, um so weniger wird der Zentralvorstand gezwungen sein, zu bürokratisch erscheinenden Maßnahmen zu greifen.

Auch ist allerdings auch eine Zentralleitung nicht unerschöpferbar. Auch die unsre macht davon keine Ausnahme. Vor allem wird ihr der Vorwurf allzu großer Voricht und Bedächtigkeit gemacht. Das ist nicht ganz grundlos. Mag die Zentralleitung eine Stellung eingenommen haben wie sie will, so muß diese aber auch mit aller Entschiedenheit und Bestimmtheit, allerdings auch ohne unnötige Schärfe, zum Ausdruck kommen. Daß dies bisher nicht immer der Fall war, hat zum großen Teil mit beigetragen, daß mancherorts die unbedingte Autorität des Zentralvorstands etwas getrübt worden ist. Andersseits ist die Form der Neuerungen der Verbandsleitung nicht immer eine glückliche gewesen. Wenn seitens des Zentralvorstands in dieser Beziehung die Lehren der letzten Zeit gebührend beherzigt werden, und das scheint der Fall zu sein, dann werden auch viele Ursachen der Nichtstimmung in den Kollegenkreisen verschwinden. Wir verfehlten uns nicht, daß eine präzise Stellungnahme in vielen Fällen außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll ist, aber mit Unbestimmtheit werden schwierige Situationen erst recht nicht überwunden. Haben die Mitglieder aber das Vertrauen in den Zentralvorstand, daß er mit aller Kraft und Entschiedenheit seine Maßnahmen trifft und durchführt, dann werden sie sich auch eher in den Fällen seinen Anordnungen fügen, in denen sie vom lokalen Standpunkt nicht vollständig mit ihm einverstanden sind. Die Kritikoster werden mehr und mehr verstummen und die vernünftige Beurteilung wird siegen müssen.

Die Aufgabe des Zentralvorstands ist keine leichte. Die Anforderungen, die an die leitenden Personen eines modernen Verbands gestellt werden, sind außerordentlich hohe in geistiger und moralischer Beziehung. Die Arbeiterschaft verlangt von ihren Führern die restlose Hingabe der ganzen Persönlichkeit. Sie darf aber dann auch nicht ungerecht sein. Die Leistungen bilden keine Kette über den Mitgliedern, sondern sind eins mit ihnen im Fühlen und Denken, Ziel und Streben. Finden die leitenden Personen nicht mehr das Vertrauen ihrer Auftraggeber, so bietet die demokratische Verfassung unserer Organisationen und das eigene moralische Empfinden der führenden genügend Wege, zwischen Mitgliedschaft und Leitung das innige Verhältnis herzustellen; das notwendig ist im Interesse eines gedeihlichen Zusammensetzens im Sinne unserer hohen Ziele und Strebungen. Persönliche Motive dürfen in der Arbeiterschaft keinen Raum haben.

Das ist es, was uns vor allem not tut. Die gewaltigen Kämpfe der letzten Zeit mögen dazu beigetragen haben, daß sich eine gereizte Stimmung in unsrer Reihe eingeschlichen hat. Die unbestimmbare Gewalt der ganzen Arbeiterschaftsbevölkerung und der gesunde Sinn der Steinarbeiter bürigen uns, daß die in der menschlichen Natur liegenden Entgleisungen überwunden werden und wir gefährdet an Haupt und Gliedern in innerer Festigkeit und gegenseitigen Vertrauen den kommenden Kämpfen entgegenstehen können. Gedenkt haben wir alle. Jede Seite hat in der Hölle des Gesetzes über die Schürze gehauen. Vergraben wir eine einseitige Kritik und ziehen die Zusammenfassung aus den Lehren der letzten Zeit. Beweisen wir den ehrlichen Willen dazu, so finden wir auch den Weg und schaffen die Voraussetzungen unsrer zukünftigen Erfolge.

## Korrespondenzen.

**Baumholder.** Die Firma Burger geht ja ganz famos vor. Sie will in Deutschland eine gemüse Verlässlichkeit erlangen. Am 27. Oktober wurde folgendes Schriftstück in der Werkstelle angeschlagen:

Aus der Nummer vom 8. Oktober des "Steinarbeiters" geht hervor, daß neuerdings aus der Mitte der hiesigen Arbeiterschaft Geldbeiträge an die Organisation abgeliefert werden. Wir fordern die betreffenden Leute ausdrücklich auf, entweder den Betrieb zu verlassen oder aus der Organisation auszutreten und ihren Austritt durch Abgabe der Vertragsbücher zu beweisen.

Gezeichnet den 27. Oktober 1910.

Dr. Ingenieur Paul Burger.  
Der Doktor Ingenieur wird mit seinem Dekret natürlich nichts erreichen. Hat dieser Herr etwa auf der technischen Hochschule gelernt, daß man den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen darf? Daß Vorgehen des akademisch geprüften Technikers ist in Wirklichkeit nichts anderes, als eine versuchte Erpressung. Vielleicht nimmt sich dieses Usages der Herr Staatsanwalt an. — Diejenigen Granitarbeiter, welche sich das Koalitionsrecht nehmen lassen wollen, mögen nach Baumholder ihre Schritte lenken; sie können dort dem Herrn Dr. Ing. Paul Burger untertan sein.

**Bensheim.** Am 29. Oktober hielten wir im Gasthaus zur Linde unsre Monatsversammlung ab. Dieselbe war leider schlecht besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, und wurde dieselbe von den Revisoren für richtig erklärt. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Punkt Verschiedenes wurde vom Kassierer vorgebracht, daß einige Kollegen mit ihren Beiträgen erst im Rückstande. (Selbige meiden natürlich auch immer unsre Versammlungen.) Es wurde beschlossen, dieselben nochmals zu ermahnen. Es ist nur zu bedauern, daß noch so viele Kollegen vorhanden sind, die sich der Organisation gegenüber so teilnahmlos verhalten, obwohl die Lage im Odenwald keine glänzende ist. Verschiedene Unternehmer fühlten sich durch den slauen Geschäftsgang bestreikt, auf jede Art und Weise die Arbeiterschaft zu drücken.

**Gommern.** Die Mitgliederversammlung unsrer Zahlstelle fand am 29. Oktober statt und war sehr gut besucht. Kollege Staudinger referierte über das Thema: Steuerraub, Unternehmerbrutalität und Zuchthausgesetze. Der Vortrag fand lebhaftes Beifall. Vom Kassierer wurde dann der Kassenbericht erstattet. Ihm wurde Entlastung erteilt. In der Versammlung wurde lebhaft Klage geführt über die Nichtbeachtung der Bundesratsverordnung seitens der Unternehmer. Insbesondere wird der § 4 der Verordnung, der den Unternehmern die Pflicht auferlegt, Schutzbücher für die Arbeiter zu errichten, vollständig ignoriert. Es fällt den Unternehmern gar nicht ein, Schutzbücher aufzustellen. Die Kollegen müssen sich vielmehr auf eigene Kosten Dächer schaffen. Kollege Verche gab dann noch bekannt, daß die von ihm und dem Kollegen Adler gegen das Urteil des Schöffengerichts zu Gommern wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung eingeklagte Verfassung vom Landgericht Magdeburg verworfen worden sei. Es bleibt also bei der Strafe: Adler zwei Wochen und Verche einen Tag Gefängnis. Der Hauptzeuge in der Verhandlung, der Geschäftsführer der Dumplings Steinbrücke, Herr Haniel, hat übrigens des Feld seiner bisherigen Tätigkeit räumen müssen. Er ist jedenfalls, in richtiger Erkenntnis seiner Verhältnisse, nach Schönebeck versezt. Der Verteidiger der Angeklagten hat dem Herrn Zeugen ordentlich die Wahrheit gezeigt.

**Gohmannsdorf.** Am 28. Oktober tagte im Gasthaus zum Auer eine gutbesuchte Versammlung. Der Kassierer verlas die Quartalsabrechnung. Bücher und Kasse wurden revidiert und für richtig befunden. Erstaunlicherweise ist im Oktober nach dem Tarifabschluß die Zahl der Mitglieder ohne weiteres gestiegen, nämlich von 32 auf 44. Es mußten deshalb in einer Woche zwei Versammlungen abgehalten werden. Unsre Zahlstelle hat nur noch mit vier indifferenter Kollegen zu rechnen. Im Punkt Verschiedenes übten die Kollegen viel Kritik. Besonders wurde Klage geführt über den Polier Demant. Dieser beschimpfte die neu aufgenommenen Kollegen in gemeiner Weise. Wir werden diesem Herrn noch zeigen, was er für einen Charakter besitzt. Er sagte zu den Kollegen: "Rostkäfer", "räudiger Hund", "rohe Bengels" usw. Zum Direktor Herrn Böttcher haben wir das Vertrauen, daß er seinen Polier anweist, daß die Leute anständig

behandelt werden. Es wird ihm nicht mehr gelingen, die Kollegen von dem Steinarbeiterverband abzubringen. Die Kollegen haben eingesehen, daß der Verband für sie einen großen Nutzen hat. Zum Schluß forderte der Vorsteher die Anwesenden auf, immer recht eifrig dem Steinarbeiterverband beizutreten.

**Hamburg I.** Unsre Monatsversammlung tagte am 25. Oktober 1910. Zwei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde verlesen. Die Revisoren bestätigten deren Richtigkeit. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Auf Antrag werden die Restanten verlesen; es sind dies 7 Mitglieder, welche bis zu 13 Wochen im Rückstande sind. Es hat sich herausgestellt, daß Kollege Emmert sich als Einzelzahler in Leipzig angemeldet hat, trotzdem er schon ein Jahr in Hamburg beschäftigt ist und längere Zeit auch hier seine Beiträge bezahlt hat. Es wird an den Zentralvorstand das Ergebnis gestellt werden, von Emmert keine Beiträge mehr anzunehmen, er möge sich an die Zahlstelle wenden. Da Streitigkeiten beim Markenverkauf vorgekommen, so wird der Kassierer auf den Beschluß der Versammlung verwiesen, ohne Buch und Namen keine Marken zu verahfolgen. Wegen Mahregelung von drei Bildhauern bei Norden u. Sohn stehen sämtliche Bildhauer im Streik; sie verlangen von den Steinmeisen Solidarität. Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern, daß sie Bildhauerarbeiten nicht ausführen. Die Versammlung nimmt einen Antrag an, daß in Zukunft jede Unterschrift zu verweigern ist, wo Mitglieder für das Gesetzhaft haftbar gemacht werden sollen. Kollege Mülich, welcher durch Unfall ein Auge verlor, erfuhr die Verammlung, ihm freie Vereinbarung betreffs Lohn beim Meister zu gewähren, andernfalls würde er schwerlich Arbeit finden. Die Versammlung stimmt dem zu, nur soll von Fall zu Fall hierin entschieden werden. Die Versammlung war gut besucht.

**Stützendorf.** Hier tagte am 26. Oktober eine Mitgliederversammlung. Kollege Braun hält einen lehrreichen Vortrag. Die Quartalsabrechnung wurde vorgetragen und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Anerkennung für seine musterhafte Geschäftsführung zuteil. Herr Bruckmeister Rüth brachte es fertig, daß einige Kollegen aus dem Verband ausgetreten sind. Es wurden dann sofort die Löhne gekürzt. Bedauert wurde, daß die Versammlung so schlecht besucht war. Bei der Firma Süddeutsche Granitwerke herrschen tieftraurige Berufszustände; sie zu beseitigen, muß unsre Aufgabe sein.

**Neubau.** Taurige Zustände herrschen hier noch für unsre Kollegen. Es kommen die Angestellten der Firma Gebrüder Bräuer in Betracht. Von den gemeinsten Schimpfworten, welche hier anstandslos nicht wiedergegeben werden können, abgesehen, wurden kürzlich 6 Kollegen wegen eines ganz geringen Vergehens (die Betreffenden entfernten sich 2 Stunden vor Arbeitsende vom Arbeitsplatz) sofort entlassen und am nächsten Morgen durch Boten wiedergeholt. Dann wurde wieder ein Kollege entlassen, weil er das vom Betriebsleiter vorgeschriebene Bier nicht trank und sich selbst pro Tag 1-2 Liter auf den Arbeitsplatz mitnahm. Und der traurige Fall: Letzte Woche wurde ein Kollege entlassen, weil er, bevor er einen großen Block an die Kette zum Herausheben befestigte, mehrere lebensgefährlich über ihn herabhängende Felsstücke entfernte, um sich nicht erschlagen zu lassen. Es ist darum die erste Pflicht der organisierten Kollegen, unermüdlich in der Agitation tätig zu sein.

**Reichenbach (Odenwald).** Am 28. Oktober fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Im 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Selbiges ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Als dann wurden die restierenden Mitglieder verlesen. Wegen rückständigen Beiträgen wurden die Kollegen Joh. Gehbauer und Georg Steinmann aus der Mitgliedschaft gestrichen. Dann wurde eine Kommission gewählt, die sämtliche Tarifarbeiten bis zur nächsten Versammlung fertiggestellt haben will. Weiter wurde der vom Zentralvorstand verweigerte Rechtsantrag besprochen. Es entpuppte sich hierüber eine lebhafte Debatte und wurde von der Versammlung eine Resolution in folgendem Wortlaut einstimmig angenommen: "Die heute am 28. Oktober 1910 in der Wirtschaft von G. Trodt tagende Versammlung der hiesigen Zahlstellemitglieder nimmt Kenntnis von dem ablehnenden Beschluß des Zentralvorstands in Sachen des Rechtschutzauftrags für Karl Krichbaum und Joh. Beutel. Die Versammlung sieht sich veranlaßt, gegen diese Entscheidung den schärfsten Protest zu erheben, da durch dieart Auslegungskünste das statutarische Recht der Verbandsmitglieder einfach über den Haufen geworfen wird. Die Versammlung ist weiter der Meinung, daß durch derartige lahme Beschlüsse der obersten Instanz des Verbands die Agitation sowie Organisation außerordentlich gehemmt wird und verpflichtet sich, dahin zu wirken, daß der Grundfaß: Einer für alle und alle für einen, auch wirklich zur Anerkennung gelangt, dem Verband zum Nutzen und den Mitgliedern zum Trutz. Weiter erhebt die Versammlung den schärfsten Protest über die Nichtveröffentlichung unseres eingesandten Berichts vom 2. Oktober d. J." Den reisenden Kollegen zur Mitteilung, daß bei der Firma Böhringer, Beedenkirchen, circa 10 Kollegen ihre Kündigung erhalten.

**Rinchach.** Hier tagte am 30. Oktober eine gutbesuchte Versammlung, in der Gauleiter Mittenmeier über den Wert und Nutzen der Organisation sprach. 10 Neuaufnahmen lohnten seine Ausführungen. Bei der Firma Huber werden die Arbeiterschaftsbestimmungen sehr lax durchgeführt. In der Frühstücksbude weist der Wind durch alle Fugen. Erwähnt wird dieselbe nur, wenn dies die Arbeiter mit geflohenen oder mitgebrachtem Holz selbst besorgen. Trinkwasser gibt es nicht. Wer sich nicht selbst in seinem Schotte begraben will, muß denselben wegräumen. Als Zeichen ganz besonderer Güte dürfen die Arbeiter neben dem Bezahlten von Schmiede- und Werkzeuggeld auch für den weiten Transport des rohen und fertigen Steinmaterials aufkommen. Wer in dieser Behandlung ein Haar findet, hat es mit dem Brustton des Herrn Huber zu tun oder fliegt. Auch hier ist es an der Zeit, daß der letzte Mann sich unserm Verband anschließe und so seine Zukunft auf gesicherte Grundlage stellt.

**Rottweendorf.** Hier tagte am 21. Oktober eine Mitgliederversammlung. Staudinger referierte über das Thema: Die Steinmeckunst in früherer Zeit. Kollege Ernst trug die Quartalsabrechnung vor. Monitas ergaben sich nicht. Es ist erstaunlich, daß unser Kassenbestand, trotz des gewaltigen Kampfes, ein beträchtlicher genannt werden kann. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Bemerkt wurde, daß die Buchführung eine musterhafte genannt werden müsse. Unter Verschiedenes bemerkte Kollege Seidel, daß diejenigen, welche im Baugewerbe tätig waren und nunmehr in den Steinbrüchen schaffen, unverzüglich unserm Verband beizutreten haben. Wir müssen hier mit derselben Strenge wie andre Verbände verfahren. Nur auf diese Weise ist es möglich, daß unser Verband in diesem großen Gebiet zur Geltung kommt. Wenn sich eine zweite und dritte Organisation mit nur eischen Mitgliedern breit machen würde, dann wären alle Aktionen mit großer Umständlichkeit verknüpft. — Der Referent wurde aufgefordert, in der nächsten Zeit wiederum einen Vortrag zu übernehmen.

Für das rechtsseitige Elbsteinbruchgebiet tagte am 23. Oktober im Dorf Wehlen eine gutbesuchte Versammlung. Neben dem Thema: Gewerkschaftlicher Aufstieg sprach Kollege Staudinger. Zum Schluß erfuhr er dringend, mit der Verbandsleitung wieder das frühere harmonische Verhältnis herzustellen. Die Unternehmer schließen den unbedeutenden Disziplinpunkt zwischen den Verbandsmitgliedern und dem Zentralvorstand zu ihrem Gunsten aus. Die Debatte bewegte sich im zustimmenden Sinne. Zu längeren, aber recht sachlichen Ausführungen nahm Kollege Seidel das Wort. Seine sachverständigen Ausführungen fanden ungeteilte Zustimmung. Der Kassierer

erer, Kollege Ernst, gab in recht übersichtlicher Weise den Kassenbericht. Einstimmig wurde Decharge erweitert. Kollege Lehnert freute sich, daß die Versammlung einen so anregenden Verlauf nahm. Nachdem Schluss erfolgt war, trugen einige stimmbegabte Kollegen in recht gesellter Weise Arbeitertieder vor.

Ruhmannsfelden. Am 29. Oktober tagte eine gutbesuchte Versammlung, in der Gauleiter Mittenmeier einen Vortrag hielt, der allgemeinen Beifall fand. Unter andern wurden auch die Zustände in dem Theisnacher Granitwerk einer berechtigten Kritik unterzogen. Die in der Gewerbeordnung und Bundesratverordnung enthaltenen Schutzbestimmungen scheinen der dortigen Direktion ein spanisches Dorf zu sein. Nicht genug, daß die dortigen Steinbauer die Beseitigung des Abfallshoppers bezahlen müssen, spricht man allgemein davon, daß sich die Firma von dem in der Kantine verschenkten Bier, als auch von dem Stahl mehr zugute kommen läßt, als die gesetzlichen Bestimmungen erlauben. Ganz selbstverständlich ist, daß dem "Arbeiter" die besten Steine, sowie die beste Arbeit zugeschanzt wird, der viel vertritt; ist doch Polier und Kantinenwirt ein und dieselbe Person. Eine gedekte Unterstandshütte zum Schutz bei Sprengarbeiten gibt es auch nicht. Wer Trinkwasser will, kann an die Leitnach gehn. Lohnabzüge sind auch an der Tagesordnung. Hoffentlich benutzen die zwei zur Versammlung entstandenen Schleppenträger ihre gemachten Notizen dazu, die bestehenden und geringen Mängel der Direktion zu unterbreiten, damit eine möglichst baldige Beseitigung erfolgt. Anderseits ist es auch Pflicht der dort beschäftigten Arbeiter, ohne Ausnahme dem Steinarbeiterverband als Mitglied beizutreten.

Strehlen. Unter recht betriebenden Verhältnissen arbeiten die Pflastersteinarbeiter in Hünfingen. Wenn sich ein Kollege bei der schlechten Steingewinnung beschwert und will etliche Pfennige Lohnzulage haben, dann wird ihm gesagt, das Loch steht offen. Werkmeister Lüdemeyer meinte schon öfter: Die Leute arbeiten zu wenig. Ja, wenn wir herkulische Kräfte hätten, dann könnten wir eben auch nichts verdienen. Aber wir kennen ja die Herren Werkführer, wenn sie solche Ausreden gebrauchen. Sie müssen das ja tun, um sich oben beliebt zu machen. — Hoffentlich sind wir in der Lage, baldigst unsre Verhältnisse verbessern zu können. Notwendig ist dieses sehr.

## Rundschau.

Die Bildung eines Wehrschazes des baugewerblichen Unternehmertum wird die nächste Hauptversammlung dieser Unternehmertorganisation ernstlich beschäftigen. Nach den Vorschlägen der Bundesleitung soll die Höhe des Wehrschazes auf eine Million Mark festgesetzt und in den Jahren 1910, 1911 und 1912 durch besondere Mitgliederbeiträge aufgebracht werden. Wie schon der Name unzweideutig ankündigt, soll dieser Fonds im Kampfe gegen die Arbeiterforderungen Verwendung finden.

Die gefährlichste Waffe im gewerblichen Kampf — heißt es in der "Baugewerkszeitung", dem Bundesorgan — sind die den Organisationen zur Verfügung stehenden Geldmittel, je größer sie sind, um so zäher und länger der Widerstand, um so sicherer der Sieg. In den Zeiten der partiellen Ausperrungen und Streiks genügten noch bescheidene Mittel — in der Epoche der großen Massentämpfe, in die wir bereits eingetreten sind, ist ohne die Verfügung über bedeutende Mittel eine Niederlage, eine allmäßliche Unterdrückung sehr wahrscheinlich.

Das ist gewiß sehr wahr und nicht nur die Genossen vom Bau, sondern auch unsre Kollegen können von dem Vorhaben der Unternehmertorganisation und wie dieses begründet wird, manches lernen.

Auszeichnungen auf der Brüsseler Weltausstellung. Die nachstehenden deutschen Steinmeßgeschäfte erhielten in Brüssel Auszeichnungen: Grand Prix: Marmorwerke "Klefer" in Ruhmannsfelden; Goldene Medaille: Vereinigte Marmorbau- und Granitwerke A.-G. in Bunsfeld; Silberne Medaille: Deutsche Travertinwerke in Langenfelsa, Granitwerk Steinerne Renne in Hasserode (heute ist das Werk stillgelegt); Bronzene Medaille: Rheinische Marmorwerke in Düsseldorf-Rath, Saalburger Marmorwerke in Saalburg. — Trotzdem die deutsche Steinindustrie auf der Ausstellung nur sehr spärlich vertreten war, kann sie mit den erzielten Auszeichnungen doch sehr zufrieden sein.

Die 25. Hauptversammlung des Steinmeßmeisterverbands tritt am 14. November in Dresden zusammen. Aus der recht umfangreichen Tagesordnung greifen wir heraus: 1. Beitragsregulierung; 2. Kompetenzenfragen der Bezirksverbände; 3. Strafbestimmungen bei nichtbefolgter Ausperrung; 4. Die Schiedsgerichte sind nur durch Fachleute zu besetzen; 5. Die Beseitigung der Eingriffe durch die Friedhofsverwaltungen; 7. Zolltariffragen. — Der Hauptversammlung wird auch Bericht erstattet werden, wie sich die Verbandsumformung bewährt hat.

Werksverkauf. Die Aiblinger Marmorwerke gingen durch Verkauf in den Besitz des Kunstofffabrikanten Schwenk aus Ulm über.

Mit einem Kapital von 400 000 Mark wurde in Bautzen die Firma Holzammer u. Bauer, G. m. b. H. ins Leben gerufen. Die ins Handelsregister eingetragene Firma will in Bautzen mehrere Granitbrüche ausheuten.

Die größten Vermögen Preußens. Rudolf Martin hat in dem Verlage von Schuster u. Vößler in Berlin ein neues Buch: Unter dem Scheinwerfer, herausgegeben, in dem er in Eßays Vorgänge der letzten Zeit, Persönlichkeiten, Parteien usw. bespricht. In dem Buch finden sich auch interessante Angaben über die größten Vermögen Preußens. Die reichste lebende Person in Preußen und in Deutschland überhaupt ist Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach, die im Jahre 1908 nach der Vermögenssteuerstatistik ein Vermögen von 187 Millionen Mark versteuerte, während sie im Jahre 1905 sogar 214 Millionen Mark versteuert hatte. Die zweitreichste Person ist Fürst Hendel von Donnersmarck, der im Jahre 1908 über ein Vermögen von 177 Millionen Mark verfügte, während er im Jahre 1905 nur 120 und im Jahre 1896 nur 62 Millionen Mark besessen hatte. Die drittreichste Person Preußens ist der Herzog von Ujest, der im Jahre 1908 ein Vermögen von 151 Millionen Mark besaß, während er im Jahre 1889 nur 54 Millionen Mark sein eigen nennen konnte. An vierter Stelle in Preußen kommt der Freiherr von Goldschmid-Rothschild in Frankfurt a. M. mit 107 Millionen Mark, während sein verstorbener Schwiegervater Freiherr Willi von Rothschild im Jahre 1899 nicht weniger als 266 Millionen Mark deklarierte. Das größte Vermögen Berlins im Jahre 1908 gehörte dem Geheimen Kommerzienrat Ernst von Mendelssohn-Bartholdy und betrug 43 Millionen Mark. Es stand aber erst an der 17. Stelle, die 16 reichsten Personen wohnen also nicht in Berlin. Die kleine Stadt Kassel besitzt in der Person des Geheimen Kommerzienrates Karl Henschel, der im Jahre 1908 ein Vermögen von 46 Millionen Mark versteuerte, einen Steuerzahler, der alle Berliner Vermögen übertragt.

Döss soand richtige Geldleut. Wenn sich aber die betreffenden Personen diese Millionen selbst erarbeiten mühten, so, wie würde es da aussehen?

Gemeine Verdächtigung. In der gegenwärtigen Hesse gegen die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter ist den Schärmachern und ihrer Presse jedes Mittel recht. Der nichtige lokale Streikzettel, der sonst keinerlei Aufsehen erregen würde, muß zur Begründung eines Arbeitswilligengesches herhalten. Dazu kommen die albernsten Kombinationen und insam versteckte Angriffe gegen die organisierten Arbeiter, die als Beispiel für den von ihnen geliebten Terrorismus dienen müssen. Den Vogel abgeschossen hat darin die "Deutsche Zimmermeister-

Zeitung". Der Zimmermeister Hamm in Worms wurde von einem Brandungslück heimgesucht. Die "Deutsche Zimmermeister-Zeitung" gibt ihren Lesern davon wie folgt Kenntnis:

Zur Zeit des Brandungslucks tobte in Worms zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Zimmergewerbe ein schwerer Kampf, denn nach Auhebung der Sperrre am 16. Juni d. J. hatten die Wormser Zimmergesellen, trotz des Schiedsspruchs, die Arbeit nicht angenommen. Hamm stand als Vorsteher im Vororttreffen des Kampfes, der immer schärfere Dimensionen angenommen haben soll.

Was soll diese Verquidung des Arbeitskampfes mit dem Brandungsluck? Diese zarte Anspruch auf die Arbeiter als Brandstifter ist so insam, daß auch nur der Versuch einer Beseitigung der beschimpften Arbeiter eine Anklage gegen sie bedeuten würde. Selbst ein übergreifendes Schärmacherhirt sollte sich doch von solchen Tollhausgeschichten fernhalten. Zur Respektierung beider Parteien und Organisationen, die im wirtschaftlichen Kampfe sich doch oft wieder eingend finden müssen, trägt das auch sicher nicht bei.

Ein schöner Sieg. Bei der in Selb (Oberfranken) kürzlich stattgefundenen Wahl der Gewerbegechtsbeleger erlangten die freien Gewerkschaften einen großen Sieg. Von 630 gültigen Stimmen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 607, auf die der unter dem Deckmantel "liberal" segelnden Gelben ganze 23 Stimmen. Somit sind die 10 Besitzer und 5 Hofsbesitzer dem Gewerkschaftslist zugesunken. (Gewählt wurde nach Proporz.)

## Pneumatischer Meißel und Ornamentik.

Die Einführung der pneumatischen Werkzeuge in die Steinbearbeitungsindustrie hat es ermöglicht, auch den Granit und ähnliche harte Gesteine in bedeutend höherem Maße zu ornamentalen und figuralen Bildhauerarbeiten heranzuziehen. Natürlich in Amerika und Schottland wird er zu diesen Zwecken immer mehr verwendet und Standbilder aus Granit bilden dort keine große Seltenheit mehr. Daß man jedoch auch schon in früheren Zeiten in Schottland Statuen in Granit ausgehauen hat, kann man in Aberdeen sehen, das zwei figurale Denkmäler aus diesem Material besitzt, welche in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Aufstellung gelangten. Es sind dies das Standbild des Priesters Gordon, eine Statue in 1/4 Lebensgröße aus grauem Granit und mit zahlreichen künstlich herausgearbeiteten Details, sowie das über 10 Fuß hohe Denkmal des Künstlers und letzten Herzogs von Gordon. Beide Bildwerke sehen, obwohl sie über 50 Jahre in einem nicht gerade günstigen Klima allen Witterungseinflüssen ausgesetzt waren, ausgenommen den Pastinianan, noch wie neu aus. Ausgeführt wurden sie von dem Gründer der bekannten Aberdeener Granitfirma Alexander Macdonald u. Co., Ltd., Herrn Alexander Macdonald, der im Jahre 1828 sein Geschäft eröffnete und dessen Wirkung sowie dem seines Sohnes die Aberdeener Granitindustrie hauptsächlich den Übergang zur modernen Großindustrie verankert. Aberdeen ist stolz auf beiden Granitstandbildern und hofft in absehbarer Zeit noch ein drittes dazu zu bekommen, ein Denkmal für den Dichter Byron. Es ist bereits eine Sammlung hierfür im Gange und als Material soll Granit verwendet werden, den der Dichter geliebt und in seinen Werken oft verherrlicht hat.

Die Künstler scheinen auch in Schottland noch vielfach zu jagen, den Granit für ihre Zwecke sich dienstbar zu machen, und wenden hauptsächlich ein, daß seine Textur ihn nicht für Porträts usw. geeignet mache. Beispiele von in Aberdeen ausgeführten Büsten aus grauem Granit beweisen jedoch, daß diese Einwendungen nicht stichhaltig sind.

Die Zahl der in früheren und auch in neueren Zeiten aus Granit, Porphyr, Basalt und ähnlichen Hartgesteinen ausgeführten Bildsäulen, Sarkophage und anderes Monumente ist eine überaus große und über Länder reichende, in welchen die Kunst sehr auf einer hohen Stufe stand, so daß alle gegen den Granit gerichteten Einwendungen der übermodernen Kunstwürtterie durch die nicht wegzuleugnenden Tatsachen leicht zu widerlegen sind.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 29. Oktober 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Franken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Füserate.)

Beigrar, B. 63. — E. 1.50. Bwingenberg, B. 22.68, K. 9.60. Heidelberg, B. 71.68, E. 3.75, K. 3.55. Görlitz, B. 40. — Elberfeld, B. 9. — Crammefel, B. 2.75, E. 0.50, K. 0.50. Lahr, B. 30.50, E. 3.50, K. 11. — Weilheim I., B. 329.82, K. 0.40. Wilsdorf, B. 25.75, E. 0.50, K. 0.30. Kiesersfelden, B. 3.25, K. 2. — Königsberg, B. 108.30, E. 1.50, K. 0.80. Kreisfeld, B. 65. — E. 0.50, K. 2.50, M. 1. — Hannover I., B. 312.08, E. 0.75, K. 7.10, M. 0.60. Knittlingen, B. 3.40, K. 0.20, M. 1. — Münnerstadt, B. 111.22, E. 2. — K. 10. — M. 1. — Sparnberg, B. 199.96, E. 0.50, K. 2.70. Roth a. S. B. 100.67. Weizenstadt, B. 194. — K. 11. — Sprottau, B. 6. — Niederöderwitz, B. 4. — Achim, B. 4.90. Bremberg, B. 4.80. Meerane, B. 3.50. Hohndorf, B. 6. — Dittelsdorf, B. 14. — Peine, B. 12.80. Ebersbach, Ins. 2.40. Andlau, B. 28.18, E. 0.50. Bremke, B. 60.90. Blankenburg, B. 26. — Essen, B. 276.25, E. 10. — K. 10. — M. 9. — Kronach, B. 56.70, E. 1.50, K. 2.60. Mayen, B. 136. — Reutlingen a. S. B. 129.86, E. 7. — K. 1.80. Überlungwitz, B. 43.24. Rudolstadt, B. 2.94, E. 3.50. Wörth, B. 6.80, E. 1.50. Beigrar, B. 105. — E. 3.50, K. 10. — M. 5.20. Würzburg, B. 27.30, K. 4.20. Boccawinb, B. 57.80, E. 2.50, K. 4. — Negenborn, B. 102. — K. 5. — Müllnach, B. 58.88, M. 1. — Kupferdreh, B. 50. — Spohren, B. 128.98, E. 1.50, K. 7.10, M. 10.60. Holenberg, B. 116.37, K. 4.10, E. 3.50. Göppingen, B. 84. — E. 0.50, K. 10. — M. 1. — Duisburg, B. 5.52, M. 7.45. Ebenstetten, B. 128.78, E. 1. — K. 7.30, M. 6. — Bremen, B. 40. — Jena, Ins. 2.40. Ballersleben, B. 0.80. Kappeln, B. 10.80. Neustrelitz, B. 8. — Storkow, B. 5. — Crimmitschau, B. 2.25. Wissen, B. 2.40. Jüßen, B. 1. — Friedenfels, B. 0.50. Goßmannsdorf, B. 50. — M. 1. — Hall, B. 44.94, E. 2.50. Hauswalde, B. 51. — E. 3.50. Hohenleuben, B. 65.50, E. 2.50. Löben, B. 90.48, K. 0.30. Metz, B. 184.50, E. 0.50, M. 10. — Ruhmannsfelden, B. 35.70, E. 4.50, K. 2.90. Trierberg, B. 84.84, E. 1. — Worms, B. 37.60. Birmensdorf, B. 69.85, E. 1. — K. 0.20, M. 0.40. Neuenstein, B. 97.85, K. 8.90. Abainville, B. 35.48. Meffersdorf, B. 3.10. Fechenbach, B. 189. — Blauberger, B. 178.76.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Allgemeine Bekanntmachungen.

Beigrar. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, dem Steinmeister Oskar Wirt genannt Spießen keine neue Reisetarife auszustellen, da er seine Karte hier liegen ließ. Auch ist er abgereist, ohne sein Buch in Ordnung zu bringen.

Wilhelm Herbel, Baugasse 3.

Ochsenfurt. Der Kollege Andreas Böck (Buch-Nr. 25442) ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen.

Die Ortsverwaltung.

Maulbronn. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinmeisters Wilhelm Nyssen, geb. am 2. Oktober 1877 in Detmold, umgehend mitzuteilen.

Friedrich Dehler, Füllersgasse 47.

Kappelroden. Der bisherige Modus der quartalsweisen Abrechnung der verschiedenen Platz- und Ortsklassierer mit dem Zahlstellenklassierer hat die Buch- und Kassenführung derartig erschwert, daß die Zahlstellenverwaltung sich veranlaßt sieht, von nun an eine monatliche Abrechnung einzuführen. Die Platzklassierer haben die einklassierten Gelder allmonatlich

unter genauer Angabe für welche Mitglieder, für welche Art der Marken und für welche Wagen die Gelder bestimmt sind, an den Kassierer, Kollege Aloys Siegert in Kappelroden, einzuführen. Wo eine monatliche Abrechnung nicht erfolgt, unterbleibt eine weitere Lieferung von Marken. Die Kollegen werden erachtet, die Platzklassierer durch pünktliche Beitragszahlung tatkräftig zu unterstützen und die komplizierte Verwaltungsarbeit der Zahlstelle Kappelroden dadurch vereinfachen zu helfen.

Die Gauleitung.

Die Zahlstellenverwaltung.

Eberbach. Kass.: Ferdinand Knecht, Neckarstraße 80. Minden. Vorl.: Konrad Ehbrecht, Königswall 77/79 (Konsumentverein).

Heppenheim a. d. Bergstr. Vorl.: Martin Graber, Wilhelmstraße 1. Dort wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt. Bruckmühl. Kass.: Joseph Manetsch.

## Briefkasten.

Noburg. Wir können nicht entziffern, welche Zahlstelle gemeint ist. — A. In Alimentationsachen geben wir keinen juristischen Rat. Heirats-Mab, döss ist am besten, sonst aber zahlst. Döss Ausred. Du bist nicht Vater, na, den Schwundel kennen wir schoa. — B. Der Betreffende würde eine kleine Geldstrafe erhalten; Dein Renommee wird aber auf diese Weise sicherlich nicht gesteigert. — 100. Wirb später verwendet, es muß aber vieles umgedeutet werden. Die Einleitung geht nämlich gerade bis zum Schluss. Und die Satzkonstruktion na, gute Nacht. — Käthenbächer. In der Rubrik "Allgemeine Bekanntmachungen" können wir solche Hinweise nicht bringen. — B. Berufe Dich auf den § 103 Abs. 2 der Gewerbeordnung. Im übrigen sei auf den § 135, betr. Kinderarbeit, verwiesen. — B. in Bremen. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Mangold in Halle a. S. — B. Sende mir die Steine bald; sonst wird's vergessen. — E. in K. Der Bericht hat sich erübrig (siehe den besonderen Artikel).

## Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

## Berlin.

Dienstag, den 8. November, abends 8 1/2, Uhr

## Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter)

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage. 2. Verschiedenes. Jeder Kollege ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

~~III unübertroffen einfacher~~ und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hackfeld: Steinmetzmeister, Straßenbautechniker, Polier, Bau-techniker das an den betr. Fachschulen gelehrt Wissen, dessen man zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Abliegung einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dankschreiben auszeichnungen. Kleine Teilzahlungen.

Bonness & Hackfeld, Potsdam-W.18.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte  
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine  
Werkzeuge und Werkzeugstahl  
empfiehlt zu billigen Preisen  
Max Muster, Eisenhandlung  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
preisliste gratis und franko.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 45.

Sonnabend, den 5. November 1910.

14. Jahrgang.

## Ein Jubiläum der Schmach.

100 Jahre preußisches Gefinderecht.

Ziehen wir einen Vergleich mit den heutigen politischen Verhältnissen und denen vor hundert Jahren, so ergibt sich, daß Preußen damals ebenso der Sitz jeder Reaktion war, wie dies auch heute noch der Fall ist. Als nun im Jahre 1806 nach den Schlachten von Jena und Auerstädt der preußische Staat gewissermaßen in Stücke geschlagen war und die ländliche Bevölkerung in den Franzosen nicht die Erbauer, sondern ihre Befreier sah, begann die preußische Regierung der bis dahin dem Adel rücksichtslos preisgegebenen Bevölkerung auf einmal einige „Freiheiten“ zu versprechen. So unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. das Edikt vom 9. Oktober 1807, in dessen § 10 es hieß: „Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fernerhin kein untertaniges Verhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Uebernehmung einer untertanigen Stellung, noch durch Vertrag.“ Der § 12 desselben Edikts verkündet sogar: „mit dem Martini 1810 hört alle Gutsuntertanigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf, nach dem Martinitag 1810 gibt es nur freie Leute.“

Weder die preußische Regierung, noch der Adel waren jedoch gewillt, diese Versprechungen zu halten, und so erschien denn zwei Tage vor dem Martini 1810, von wo ab alle Preußen „freie Leute“ sein sollten, auf einmal eine „Gefindordnung“, die alle Versprechungen über den Haufen warf. Es ist dies die preußische Gefindordnung vom 8. November 1810, die für das Gebiet des früheren preußischen Landrechts heute noch Geltung hat. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefinde kommt dann weiter noch ein Gesetz vom 24. April 1854 in Betracht, das sogar den „Ungehorsam“ unter Strafe stellt. Trotzdem von der Sozialdemokratie in den Parlamenten schon mehrfach die Unterstellung des Gefindes und der landwirtschaftlichen Arbeiter unter die Gewerbeordnung verlangt worden ist, hängen sich die Junker krampfhaft an die veralteten einzelschlechten, wovon die preußische mit zu den aller schlechtesten gehört.

Die früheren Bestimmungen im preußischen Landrecht über die Rechte und Pflichten des Gefindes enthielten ursprünglich drei Hauptabschnitte, welche lauteten:

1. vom gemeinen Gefinde.
2. von Handelsgefangenen.
3. von Sklaven.

Ist nun die Sklaverei in Preußen-Deutschland irgendwann auch gesetzlich aufgehoben, so werden die Dienstboten in der Praxis auch heute noch zu reinen Haussklavinnen erniedrigt. „Gemeines Gefinde“, so heißt es z. B. im § 75 der preußischen Gefindordnung, welches nicht ausschließlich zu gewissen bestimmten Gefäßen gemietet werden, muß sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen. Hier nach steht der Herrschaft die ganze Arbeitskraft und Arbeitszeit des Dienstboten zur Verfügung. Ein besonderer Lohn kann selbst dann nicht gefordert werden, wenn der Dienstbote außer gewöhnlichen Dienste, z. B. bei Krankheiten des Meisters, leistet.

Gefinde, das sich nur hartnäckigen Ungehorsam oder Widerstand gegen die Befehle der Herrschaft oder den zu seiner Haftung bestimmten Personen auszuhalten kommt, kann auf Antrag der Herrschaft seitens der Polizeibehörden mit einer Geldstrafe bis zu 15 M. oder einer Haftstrafe bis zu drei Tagen belegt werden. (Gesetz vom 24. April 1854.) Über den Begriff „hartnäckiger Ungehorsam“ oder „Widerstand“ legt ein Strafbefehl eines Dienstlehrers, der dem Schreiber dieses vor einigen Jahren vorgelegt wurde, Zeugnis ab. Der arme Schreiber war, nachdem er zum Aufstehen geweckt, nicht schnell genug aufgestanden. Der Strafbefehl lautete: „Sie haben am 1. Juni 1904 dem Befehl Ihres Dienstherrn, Gutsbesitzer H. R. zu S. keine geleistet, morgens vor 4 Uhr aufzustehen, obwohl Sie geweckt wurden. Die Übertretung wird bewiesen durch die Anzeige des Gutsbesitzers H. R. in V. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 eine Geldstrafe von 5 M. oder eine Haftstrafe von zwei Tagen festgesetzt.“ Auf eingelagerten Widerstand bestätigte die natürlich das zuständige Amtsgericht dieses Dokument der Schmach.

Übermäßig lange Arbeitszeit, miserabile Lagerhütten, ungünstige Belohnung, niedriger Lohn, schlechte Behandlung usw. dies sind vielfach die ständigen Klagen der armen Dienst-

boten. Wie ist nun der gesetzliche Schutz dagegen be schaffen. Einfach gleich Null. So kann der Dienstbote den Dienst zwar sofort verlassen, wenn die Herrschaft dem Gefinde das Kostgeld gänzlich vorenthält oder ihm selbst die notdürftige Kost verweigert. Ob aber die notdürftige Kost gewährt ist, prüft bei uns in Preußen einzig und allein die Polizeibehörde. Gegen die polizeiliche Entscheidung ist der Rechtsweg (Klage bei Amts- und Landgericht) nicht zulässig, sondern nur die Beschwerde oder Klage im Verwaltungswege (Kreis- oder Bezirksausschuss). Die Wehrmacht der Herrschaften dem Gefinde gegenüber zeigt sich so recht deutlich in der preußischen Gefindordnung, indem die Herrschaft nach 19 Paragraphen die sofortige Entlassung versügen kann, das Gefinde aber nur nach 7 Paragraphen — und da auch nur mit den nötigen „wenn“ und „aber“ — den Dienst plötzlich verlassen darf. Hierzu ein paar Beispiele: Das Gefinde kann sofort entlassen werden, wenn dasselbe die Herrschaft durch Schimpf und Beleidigung gegen Schimpfereien der Herrschaft ist aber das Gefinde absolut nicht geschützt. Nach den §§ 136 und 137 der preußischen Gefindordnung kann das Gefinde den Dienst ohne Aufklärung verlassen: 1. wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden, 2. wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungemeinlicher Härte behandelt hat. Da nach dem Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch dem Dienstberechtigten dem Gefinde gegenüber ein Rückstigmungsrecht überhaupt nicht mehr zusteht, soll, mache ein Dienstmädchen, das vom Dienstherrn verprügelt worden, einmal die Probe aufs Exempel und verlieh kurzerhand den Dienst. Das Mädchen hatte nach eigener Bekundung mehrere Ohrfeigen erhalten und war mehrmals mit der Hand über den Rücken geschlagen worden. Das Landgericht in Naumburg urteilte darüber wie folgt: „In dieser dem jugendlichen, widerstreitigen Dienstboten von seinem Dienstherrn in der Erregung verabfolgten Rückstigmung sieht der Vorderrichter (Amtsgericht) zu Unrecht eine Behandlung des Dienstboten mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“, die der § 137 der Gefindordnung als Grund zum sofortigen Entlassen des Dienstes anführt. Wegen einer solchen, nur als mäßige (1) anzusehenden Rückstigmung, wie sie nach Bekundung der Chefraum des Be lagten erfolgte, kann vielmehr die Klägerin nicht als berechtigt angesehen werden, vom Be lagten fortzugehen.“ Dem Dienstherrn und Gericht kam hierbei noch der § 77 zu Hilfe, der lautet: „Bringt das Gefinde die Herrschaft durch ungewöhnliches Vertragen zum Jor zu, und wird in selbigem von ihr in Schelten oder geringen Tätschungen behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.“ Nach diesem Paragraphen können nun die Herrschaften lustig weiter schimpfen und prügeln.

Verläßt aber ein Dienstbote wegen miserabler Behandlung, Prügeln usw. den Dienst, dann kann ihn die Herrschaft nicht allein für allen entstehenden Schaden haftbar zu machen, sondern ihn auch noch polizeilich bestrafen lassen. Hier sind dann Geldstrafen bis zu 30 M. oder Haftstrafen bis zu 8 Tagen vorgesehen. Außerdem kann der Dienstbote durch die Polizei in den Dienst zurückgeführt werden. Auf das Zeugnis, welches die Herrschaften im vorliegenden Falle dann in das Dienstbuch schreiben, bekommt der arme Dienstbote nachher überhaupt fast keine annehmbare Stelle mehr. Deshalb auch weg mit den Gefindescheinbüchern.

Während nach der Gewerbeordnung für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Arbeitsvertrag sich nur auf 14 Tage erstreckt und, wenn nichts anderes vereinbart, alle vierzehn Tage die Kündigung erfolgen kann, gilt der Dienstvertrag beim städtischen Gefinde auf ein Quartal Jahr, beim Landgefunde aber auf ein ganzes Jahr für abgeschlossen, sofern hierüber und über die Kündigungstermine nichts anderes verabredet wird. Die Kündigung hat nach der Gefindordnung bei städtischem Gefinde sechs Wochen und bei Landgefunde drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit zu erfolgen, andernfalls ist der Vertrag wiederum auf drei Monate oder ein Jahr stillschweigend verlängert. Um sich vor Schaden zu bewahren, vereinbare man ganz kurze Kündigungstermine. Dies ist nun so notwendiger, als die Herrschaften den Dienstboten den Lohn auf alle mögliche Art und Weise zu Wasser machen können. Da hat z. B. die Gefindordnung im § 66 noch eine sehr dehbare Bestimmung, die lautet: „Sagt das Gefinde der Herrschaft vor schriftlich oder ausdrücklich oder mäßigem Versehen Schaden zu, so muß es

dieselben erzeigen.“ Ein großes Versehen ist ein solches, welches bei gewöhnlichen Schändigkeiten ohne Anstrengung der Aufmerksamkeit, ein mäßiges Versehen ein solches, das bei einem gewöhnlichen Grade von Aufmerksamkeit vermieden werden könnte. Hierzu gehört z. B. das Zerschlagen des Gesichts oder die Beschädigung von Möbeln bei deren Reinigen aus Unacht samkeit, das Verlieren einer dem Gefinde anvertrauten Sache usw. Wegen solchen Entschädigungsansprüchen kann sich die Herrschaft nach § 68 an den Lohn desselben halten. Kann der Schaden weder aus rückständigem Lohn, noch aus andern Schändigkeiten des Dienstboten gedeckt werden, so muß er denselben nach § 69 der elenden Gefindordnung durch unentgeltliche Dienstleistung auf eine verhältnismäßige Zeit vergüten. Diese Bestimmung grenzt an die reine Sklaverei. Die Polizeibehörden sind nicht einmal befugt, die Herrschaften an ihrem vermeindlichen Jurisdiktionsrecht zu hindern. Noch viel weniger darf sich der Dienstbote zur Wehr setzen. Täglich widersehen darf sich der Dienstbote überhaupt nur, wenn das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen in unvermeidliche Gefahr gerät. Ob in letzterem Falle der Dienstbote in der Notwehr gehandelt hat oder nicht, das prüft natürlich wieder die Polizei und nachher der Staatsanwalt nebst den Gerichten.

Möge nun diese kurze Schilderung unter Bervorhebung der miserablen Paragraphen dazu beitragen, daß die preußische Gefindordnung nebst den übrigen so bald wie möglich von der Bildfläche verschwinden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Diskontverhöhung der Bank von England und ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt. — Wachsende Konkurrenz am gewerblichen Arbeitsmarkt.

Der Geldmarkt ist im laufenden Jahre in einer Weise in Anspruch genommen, daß dadurch eine ungewöhnliche Vertreibung der Geldlehrate eingetreten ist. Schon im September stellte sich der Wechselzinsfuß der Deutschen Reichsbank auf 5 Prozent, aber damit war die starke Spannung am Geldmarkt während des laufenden Jahres noch nicht erreicht. Vielmehr mußte in den letzten Tagen auch die Bank von England ihren amtlichen Diskontzins auf den nämlichen Stand, nämlich auf 5 Prozent, erhöhen, um dadurch den fortgesetzten Abschlüssen von Gold entgegenzuwirken. Ein fünfpromtiger amtlicher Diskont deutet aber für die geschäftliche Praxis, die mit Kredit in steigendem Maße arbeitet, eine nicht unerhebliche Vertreibung der hergestellten oder gehandelten Waren. Denn da die Waren vom Produktionsorte bis zum Konsumenten verschiedene Geschäfte durchläuft und fast in jedem eine Belastung erfährt, die von der Höhe der Diskontsätze abhängt, und da ferner der Wechselzinsfuß im Durchschnitt aller geschäftlichen Transaktionen noch über dem amtlichen Satz des einzelnen Landes steht, so summieren sich die Wirkung eines hohen Diskonts zu einem nicht unwesentlichen Betrage, der entweder auf die Konsumenten abzuwälzen oder aber durch eine Minderung der Gestehungskosten herauszuwirken verfügt wird. Es kommt aber vom Standpunkt des Arbeitsmarktes noch eine weitere Wirkung hinzu, die große Beachtung verdient. Nach dem amtlichen Diskontzahlt sich auf allen Gegenstücken des Kapitalmarktes die Wirkung aller Anlagenpapiere, fast automatisch ein. Verändert sich der amtliche Diskont, so wirkt diese Veränderung wie ein Preisregulator. Bei einem Steigen des Diskonts erfahren die festverzinslichen Werte je nach der Höhe ihres Zinsfusses eine Entwertung. Bei den Dividendenwerten richtet sich die Wertänderung nach den in Aussicht stehenden finanziellen Erträgen; sind gleiche Erträge in Aussicht, so tritt ebenfalls eine entsprechende Senkung des Kurses ein. Vermögen die Gesellschaften ein besseres Ertragsnis herauszuwirken, so kann die entwertende Wirkung eines höheren Diskonts ganz vermieden werden. Nun liegt es aber im Interesse der Dividende tragenden Gesellschaften, die auf die Beanpruchung des öffentlichen Geldmarktes angewiesen sind, den Kurs des in ihnen verbundenen Kapitals möglichst hochzuhalten. Dafür sorgt allein schon die gegenseitige Konkurrenz. Eine Erhöhung der Diskontsätze wirkt daher auf die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften in der Weise, daß diese besteht sind, durch Erzielung einer höheren Dividende einer Entwertung des in ihnen verbundenen Kapitals entgegenzuwirken. Das geschieht aber auf manische Art, nicht zuletzt auch auf Konto der Arbeitslosenzahlen, und hier

## Die Leidensgeschichte der fünf Steinmechen.

I.

Der Beruf der Steinmechen ist uralt. Unfere Kollegen im grauen Altertum taten sich besonders beim Bau der ägyptischen Pyramiden hervor. Ihre gewaltigen Arbeiten werden noch viel bewundert, und wenn sich in Zukunft unser Geldbeutel etwas mehr füllen sollte, was wir bestimmt hoffen, dann werden wir uns auch einmal aufmachen, um ins sagenumwobene Nilland zu pilgern, um jene Pyramiden bei Gizeh selbst einmal anzustauen zu können. — Die nachstehenden Ausführungen beassen sich mit der Leidensgeschichte der fünf christlichen Steinmechen unter der römischen Kaiserzeit.

Wilhelm Wattenbach, der klassische Quellenhistoriker der deutschen Geschichte, hält die Leidensgeschichte der christlichen Steinmechaner, die hier folgt, für sehr alt. Er äußert sich in seinem großen Werk über „Deutschlands Geschichtsquellen“ — kompetent ist jetzt nur die von dem zu früh verstorbenen ausgezeichneten Münchener Mittelalpinisten Ludwig Traube bearbeitete Ausgabe von 1904 — so über diese Geschichte:

„Alt ist die Legende sicher, geschrieben, bevor Pannonien von den Barbaren überschwemmt war, und das Treiben in den Steinbrüchen ist mit solcher Aufsicht und auch mit so durchdringlicher Beibehaltung der technischen Ausdrücke geschildert, daß der Verfasser selbst noch persönliche Kunde davon gehabt haben muß. Als solchen nennt die alte Pariser Handschrift den Schatzungsbeamten Porphyrius... Aber nur die ursprüngliche römische Legende können wir ihm zuschreiben.“

Kennen wir also die Entstehungszeit der Geschichte der christlichen Steinmechaner jedenfalls in die Zeit vor dem eigentlichen Losbrechen der Völkerwanderung, also vor das vierte Viertel des vierten christlichen Jahrhunderts verlegen, so haben wir außerdem auch Hilfsmittel, die Grenze nach rückwärts zu bestimmen. Die Geschichte der Steinmechaner ereignete sich zur Zeit Diokletians, den wir kennen. Aber Diokletians Regierung dauerte 21 Jahre; und noch länger, da Diokletian noch nach der Abdankung, nach 305, also noch als Mitkaiser, eine Rolle spielte. Einem Spezialisten der römischen Kaisergeschichte, dem Schweizer Historiker Max Bödmer, ist es gelungen, durch Beobachtung aller in der Geschichte der Steinmechaner enthaltenen Beziehungen und der sonst über Diokletian und seine Zeit überlieferten Tat-

sachen glaubhaft zu machen, daß die Passion der fünf christlichen Steinmechaner, das heißt das Ereignis selbst, ins Jahr 206 zu setzen ist.

Und interessiert hier zweierlei. Die Legende der fünf, die in der Hauptfläche ganz sicher historische Glaubwürdigkeit ansprechen darf, beweist, daß das Christentum nicht etwa bloß durch Berufsprediger, sondern ebenso sehr durch jene Methoden verbreitet wurde, die wir heute Steinagitation von Mann zu Mann nennen: durch christliche Arbeiter, die man in die Außenbezirke des römischen Reiches, beispielsweise in die pannonicischen Steinbrüche, verbannt hatte. Und dann ist diese Geschichte gerade für uns und deshalb so fesselnd, weil sie den Arbeiter jener Tage in einer Lage zeigt, die der des sozialdemokratischen Arbeiters von heute genau entspricht. Denn der sozialdemokratische, nicht der christliche Arbeiter von heute ist das Ebenbild jener fünf Märtyrer. Sehen wir von allem religiös-mythischen Beiseite ab, so bleibt eine ganz vernünftige Parallele: jene christlichen Arbeiter sind wie der sozialdemokratische Arbeiter von heute von dem zeugenden, stärkenden Geist einer neuen, die Welt revolutionierenden Lehre durchdrungen, für die sie ihr Leben geben. Sie leisten — was auch Unternehmer den Gewerkschaften nachdrücklich technisch besseres als ihre Kollegen und sind die eigenständigen Charaktere ihrer Zeit. Sie dulden viel von der Juristischlebenheit und dem Kleinstlichen Recht ihrer Arbeitskollegen, die sich gar zu Streitbrecher- und Denunziantendiensten hergeben. Aber das alles wird der aufmerksame Leser dem Text selbst entnehmen, den wir in deutscher Erstübersetzung folgen lassen:

### Die Leidensgeschichte der fünf Steinmechen.

Es war zur Zeit, da Kaiser Diokletian nach Pannonien in die Steinbrüche reiste, um in seiner Gegenwart mehrere Bildhauerarbeiten auszuführen zu lassen. Er versammelte die Steinmechen und fand unter ihnen einige Arbeiter von ganz vorzüglichem Können: Claudius, Castorius, Symphorianus und Nicostatus, die in these Kunst kost Wunderlöhne waren. Sie aber bekannten sich heimlich zum Christentum und bewahrten Gottes Gebote in ihrem Herzen; und was immer sie für eine Arbeit beginnen mochten, immer führten sie Gott und Meister im Namen des Herrn Jesus Christus. Eines Tages huben sie auf Befehl des Kaisers Diokletian an, in massivem Marmor das

\* Die verbannten Christen wurden vielfach auch verstümmelt, einzig gebunden, an einem Fuße gelähmt und auf der Stirn gebrandmarkt. (So nach den Briefen des Kirchenvaters Cyprian.)

\* Thasos hieß eine durch Marmor und Weine im Altertum berühmte Insel im Mäandrischen Meer, nahe der thrakischen Küste.

Bildnis des Sonnengottes auszuführen, wie er seinen mit Bierden bespannten Wagen lenkt. Damals aber mußten die Bildhauer den Geboten der Philosophen, der Römer und der Theoretiker gehorchen; und es entspann sich zwischen den Künstlern und den Theoretikern ein ganz heftiges Streitgepräch über das Kunstwerk, das da geschaffen werden sollte. Die Bildhauer ließen einen großen Block thassischen Marmors an; aber die Arbeit geriet nicht nach dem Willen des Kaisers. Und es war ein tagelanger Streit zwischen den Künstlern des Kaisers und seinen Bildhauern. Eines Morgens kamen alle Bildhauer des Kaisers, 622 an Zahl, und die fünf kaiserlichen Künstler bei dem Bild zusammengestanden und begannen das Geäder des Gesichts zu untersuchen. Und da war ein äußerst faul zwischen den kaiserlichen Künstlern und den Bild-

hauern. Zur selben Zeit sprach der Bildhauer Symphorian im Beiseite zu seinem Glauben also zu seinen Arbeitnern: Brüder, Kameraden, ich bitte euch, vertraut auf mich: ich bin gewiß, ich werde es mit meinen vier Freunden, dem Claudius, dem Simplicius, dem Nicostatus und dem Castorius, schon schaffen, daß das Werk dem Kaiser gefällt. Und hielt mit ihnen auf den Block los, so daß die Schönheit des Steins recht zum Vorschein kam, und meistehte und schaffte im Namen Jesu Christi, unseres Meisters; und das Werk gelang nach den Wünschen des Kaisers. Fünfundzwanzig Fuß hoch ragte das Bild des Sonnengottes. Das ward dem Kaiser gemeldet und er freute sich. Zur selben Stunde noch befahl er, daß ebendort in Pannonien, an einer Stelle, die man den fettigen Berg nannte, ein Tempel gebaut werde; und in diesem Tempel ließ er das vergoldete Bild des Sonnengottes aufstellen. Und begann daselbst fröhlich zu sein mit Gottesdienst und Rauchopfern und Wohlgerüchen und gab dem Bildhauern große Geschenke. Und wie sich der Kaiser an seinem Werk der christlichen Bildhauer erfreute, da befahl er in seinem übergroßen Kunsteifer, es sollten die Bildhauer aus purpurrotem Stein Säulen und Kapitelle bauen. Und rief Claudius, Symphorianus, Nicostatus, Castorius und Simplicius zu sich, empfing sie mit Vergnügen und sprach zu ihnen: Es ist mein Wille, daß man Mir unter eurer fundigen Leitung aus purpurroten Steinen Skulpturen anbringe.

Die Arbeiter hörten dies und gingen mit der Menge ihrer Kameraden und den Künstlern sofort an die Arbeit. Sie kamen an eine Stelle, wo es der rote Stein heißt; und begannen hohe Blöcke roten Porphyrs herauszuholen. Claudius aber tat alles, was er anfangt, im Namen des Herrn Jesus Christus; und das Werk gelang ihm Simplicius freilich war ein

\* Pannonien hieß das heutige Ungarn südlich der Donau.

\* Wir haben natürlich nicht die Urform.

\* Untersuchungen zur römischen Kaisergeschichte, Band 3, Teil 1 und Anhang.

ist der Punkt der Wirkung des höheren Diskonts, der für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Die Bewertung am Geldmarkt steigert die Ansprüche der Kapitalmassen am Produktionsertrag und wirkt einer Vergroßerung des Anteils der Arbeit entgegen. Und da die Gewebe des Geldmarktes international sind und die heutige Verfassung unserer Zentralnotenbanken dem internationalen Konnex stark Rechnung trägt, vielleicht mehr als es bei anderer Organisation nötig wäre, so wirkt auch die Diskonterhöhung der Bank von England alsbald wieder auf den deutschen Geldmarkt zurück. Mit Besorgnis blühen die interessierten Kreise auf die Bewegung des Devisenkurses, der sich im Geldverkehr von Deutschland auf London bildet. Steigt er bis zu der Höhe, daß die Begleichung von Schulden, die sonst mit Wechseln auf London bezahlt werden, durch Versendung von Bargeld rentabler wird, so strömt Gold nach England ab, und die Reichsbank sieht sich veranlaßt, ihren fünfprozentigen Satz weiter zu erhöhen. Wie ungünstig aber eine weitere Bewertung der Geldleihsätze wirken würde, das erhebt wohl aus den vorstehenden Ausführungen: im Kampf um den Anteil am Produktionsertrag würde die Tendenz, die auf ein Anwachsen des Kapitalanteils hinzielt, eine weitere Verschärfung erfahren.

Während auf dem Geldmarkt der Herbst eine überaus kräftige Steigerung der Nachfrage bringt, der gegenüber das Angebot unzureichend ist, pflegt am Arbeitsmarkt zwar erst auch eine starke Belebung der Nachfrage einzufinden. Aber die Knappheit des Angebots ist nur von kurzer Dauer. Schon im Oktober wächst das Angebot, und die folgenden Monate bringen eine starke Belastung des gewerblichen Arbeitsmarktes mit überschüssigen Kräften, die über die Wintermonate den mehr oder weniger großen Umsatz der Arbeitslosigkeit bedingen. Dadurch erhöht sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, dadurch tritt für die Durchsetzung von Forderungen, die eine Besserung der Arbeitsbedingungen bezeichnen, eine erhebliche Erhöhung ein. Aus dieser Tatsache ergibt sich, wie in einer Situation wie der jetzigen die Position des Kapitals innerhalb des wirtschaftlichen Prozesses günstiger ist als die der Arbeit. Noch der September schloß überaus günstig für den Arbeitsmarkt. Der Andrang ging nach der Statistik des "Arbeitsmarktes" schon bis auf 107,67 herunter. Dieser schon außerst niedrige Stand kann in den nächsten fünf Monaten nicht festgehalten werden. Vor März nächsten Jahres ist an ein ähnliches Niveau des Andrangs am gewerblichen Arbeitsmarkt nicht wieder zu denken, wenn auch der Grad der Besserung gegenüber dem Vorjahr, was anzunehmen und zu wünschen ist, noch zunehmen sollte. Aber absolut steigt der Andrang von September ab bis Ende Januar in äußerst scharfer Weise, um dann erst im Februar wieder, aber nicht entfernt bis auf das Niveau des Septembers zu sinken. Diese Gestaltung des Arbeitsmarktes ist gerade so eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung, wie die herbstliche Anspannung am Geldmarkt, deren Grad freilich in den einzelnen Jahren sehr verschieden ist. Die Gestaltung des Andrangs am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten dürfte in der Hauptsache in einer ähnlichen Kurve verlaufen wie im Jahre 1903/04, das in dem Ring von Niedergangs- und Aufschwungsperiode dem Jahre 1910 entspricht. Damals gestaltete sich aber der Andrang in den fraglichen Monaten wie folgt:

September	Oktober	November	Dezember
117,7	131,8	168,8	189,2
Januar	Februar	März	
159,1	134,2	100,4	

Der September 1910 stand schon etwas tiefer als der September 1903, aber nichtsdestoweniger ist mit einer ähnlichen Bewegung wie damals zu rechnen, die freilich durch verschiedene Umstände, so vor allem durch die Witterung mehr oder weniger stark modifiziert wird. Der Septembervorsprung des laufenden Jahres bewirkt nämlich auch eine etwas stärkere Konzentration des Angebotes in den gewerblichen Distrikten, so daß die nächsten Monate einen Ausgleich des diesjährigen Vorwurfs im Vergleich zum Jahre 1903 bringen können. Dennoch aber muß bei allen Aktionen diese steigende Richtung des Andrangs am gewerblichen Arbeitsmarkt von Oktober bis Januar berücksichtigt werden.

Berlin, am 23. Oktober 1910. Rich. Galwer.

## Der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband, seine Verwaltungs- und Finanzpraxis.

Seit dem 1. Januar 1909 haben wir in Deutschland in der Steinindustrie einen christlichen Steinarbeiterverband, der jedoch keine reine Berufsvertretung darstellt, weil die bis dahin in den verschiedenen christlichen Organisationen organisierten Steinarbeiter dem Keramarbeiterverband zugewandt wurden. Wiederholt hatten die früheren Agitatoren der verschiedenen christlichen Organisationen den Kollegen gefragt, daß bald ein eigener christlicher Berufsverband errichtet werden solle. Aber die Sache kam anders; auf einer Konferenz in Frankfurt a. M. (15. Nov. 1908) wurde den Delegierten von den in den verschiedenen Verbänden organisierten Steinarbeitern mit dünnen Worten erklärt, daß an die Gründung eines besonderen christlichen Steinarbeiterverbandes nicht gedacht werden könne. Die Mitgliederzahl sei viel zu gering; es bliebe nur eine Möglichkeit, und diese sei, daß alle Steinarbeiter sich einem bestehenden Verbande anschließen. Der jahrelange schöne Traum von einer eigenen Berufsorganisation war in ein Nichts zerronnen. Nun wurden den Delegierten zwei Verbände offeriert, an die der Anschluß erschien könne. Der Christliche Bauhandwerkerverband lehnte die Aufnahme dankend ab; nun blieb noch der Christliche Keram-, Ton-, Glas-, Porzellan-, Steingut- und Ziegelverband übrig, der dann seine Bereitwilligkeit erklärte, auch die Steinarbeiter zu dem allgemeinen Mischmasch seiner Berufsgruppen noch hinzunehmen. Der Verband nahm einen neuen Namen an; die Firma wurde geändert in Keram- und Steinarbeiterverband. Zunächst ist es schwierig, genaue Zahlen zu erhalten, wieviele christlich organisierte Steinarbeiter nun insgesamt zu der neuen Firma übertraten; die Zahl dürfte wohl mit etwa 700 Mann stimmen.

Werfen wir einen Rückblick auf die Gründung des Christlichen Keramarbeiterverbandes. Bis zum Jahre 1902 bestanden für die christlich organisierten Glas-, Ton- und Ziegelarbeiter keine Zentralorganisationen, sondern nur Lokalvereine, die sich dann Ende 1902 zu einem Zentralverbande vereinigten. Die Leitung der neuen Organisation wurde der Münchner "Hafnersektion" übertragen.

Am 1. Januar 1905 wurde der Sitz des Verbandes nach dem "deutschen Hof" (Köln) verlegt und als Centralvorstandherr Herr Lechner angestellt. Zu Pfingsten 1908 fand ein Kongress in München statt. Als Mitglieder des Verbandes wurden 10 000 Mann gemustert, laut Angaben des "Centralblattes der christlichen Gewerkschaften" Nr. 13, Jahrgang 1908, Seite 205. Auf diesem Verbandstage wurde noch die Neuregelung der Beiträge beschlossen und für das Fachblatt Herr Fromm (Verwandter des Herrn Lechner) gewählt. Ein Protokoll über die Verhandlungen der Generalversammlungen ist nicht zu erhalten; aller Wahrscheinlichkeit nach wurden über die Verhandlungen keine Spezialberichte gedruckt. Man ist somit nur auf die sehr dünnen Notizen in der Presse angewiesen. Warum die Leitung des Christlichen Keramarbeiterverbandes über die Verhandlungen auch des zuletzt in Köln am 14. und 15. August stattgefundenen Verbandstages kein gedrucktes Protokoll herausgab, ent-

zieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht waren die Verhandlungen derart interessant, daß sich die Drucklegung nicht lohnte? — — Genau dieselbe Praxis wird bezüglich der Drucklegung der einzelnen Jahresberichte des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes befolgt. Auch hier ist man bei der Aufprüfung des Verwaltungsberichts nur auf die Publikationen des "Centralblattes der christlichen Gewerkschaften" und das Verbandsorgan beschränkt.

Es soll nun erst ein Rückblick erfolgen über die Finanzwirtschaft des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes in den Jahren 1907, 1908 und 1909. Die Mitgliederzahl betrug 1907 im Jahresdurchschnitt 8353, am Schluß des Jahres 1907 waren 10 000 organisierte Keram-, Glas- und sonstige Arbeiter im Christlichen Keramarbeiterverband vorhanden.

Die Einnahmen sehen sich für das Jahr 1907 folgendermaßen zusammen:

Aufnahmebeiträge	2 259.—	Mr.
Beiträge der Mitglieder	68 279.—	"
Extrabeiträge	2 837.—	"

Ca.: 72 875.— Mr.

Die Ausgaben verteilen sich für 1907 folgendermaßen:

Verbandsorgan	4 502.—	Mr.
Agitation	9 439.—	"
Streik	27 527.—	"
Reiseunterstützung	1 728.—	"
Krankenunterstützung	5 225.—	"
Sterbegeld	726.—	"
Rechtschutz	850.—	"
Gehälter	2 100.—	"
Verwaltung	1 500.—	"
Bibliothek	1 700.—	"
Beitrag zum Gesamtverband	1 209.—	"

Ca.: 56 506.— Mr.

Bilanz:

Einnahmen	72 875.—	Mr.
Ausgaben	56 506.—	"

16 374.— Mr.

Bestand des Jahres 1906

21 345.—

Kassenbestand am 31. Dezember 1907 37 719.— Mr.

Mitgliederzahlen im Jahre 1908: Am 1. Januar 1908 10 000, Anfang Juni 10 000, Jahresdurchschnitt 1908 4883 Mitglieder. Die vorstehenden Zahlen zeigen einen gewaltigen Mitgliederverlust; zirka 50 Prozent der Gesamtmitglieder gingen dem Verband verloren.

An Einnahmen werden angegeben im Jahre 1908:

Aufnahmegebühr	1 382.—	Mr.
Beiträge der Mitglieder	62 381.—	"
Extrasteuer	1 818.—	"
Andere Einnahme	1 976.—	"

67 002.— Mr.

Kassenbestand vom 31. Dec. 1907 37 719.—

Ca.: 104 721.— Mr.

Die Ausgaben sind für das Jahr 1908 folgendermaßen verteilt:

Verbandsorgan	6 700.—	Mr.
Agitation	14 610.—	"
Streik	21 210.—	"
Reise- u. Arbeitslosenunterstützung	4 869.—	"
Krankenunterstützung	3 858.—	"
Sterbegeld	417.—	"
Rechtschutz	987.—	"
Sonstige Unterstützung	141.—	"
Gehälter	4 390.—	"
Verwaltung	4 557.—	"
Bibliothek	561.—	"
Beitrag an den Gesamtverband	960.—	"

16 470.— Mr.

Gesamteinnahme

104 721.— Mr.

Gesamtausgabe

79 736.—

Kassenbestand

24 985.— Mr.

Am Schluß des Jahres 1908 (31. Dezember 1908) waren jedoch laut "Centralblatt der christlichen Gewerkschaften", Jahrgang 1909, Nr. 13, Seite 189, nur 21 899 Mark vorhanden. Es ergibt sich somit eine Unterbilanz von dreitausend und sechshundert achtzig Mark!!

Unter den Ausgaben im Jahre 1908 fällt uns ein Posten ganz besonders auf, und zwar derjenige: Anteil der Lokalassen 16 470 Mark. Wie den Lokalassen zur Besteitung ihrer Verwaltungsausgaben eine solche Summe bei einer Gesamtbeitragsleistung von 62 381 Mark verbleiben kann, das ist sehr — sonderbar.

Im Statut des Keramarbeiterverbandes vom 1. Juli 1908 heißt es Seite 4: Von den Beiträgen bleiben 10 Prozent den Lokalassen und 90 Prozent der Hauptklasse. In besonderen Fällen können durch Centralvorstandbeschluß den Lokalassen 15 Prozent der Beiträge belassen werden, wenn die vorhandenen Mittel zur Deckung der Ausgaben für gewerbliche Zwecke nicht ausreichen. Bei rund 63 000 Mark Beitragsleistung betragen die 10 Prozent, welche den Lokalassen verbleiben, 6300 Mark; da eine Anzahl von Zahlstellen wohl 15 Prozent durch Beschluß zugesprochen erhält, so mag dies etwa 3000 Mark betragen; es bleibt dann aber immer noch eine Differenz von über 2000 Mark. Dazu kommt dann noch die Unterbilanz bezw. der Verlust von 3086 Mark am Schluß von 1908!! Wo mag das Geld nur geblieben sein? Liegt es an falschen Buchungen, oder wo liegt der Fehler?? Es wird der Zeitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes ein leichtes sein, über die immerhin schon große Differenz in ihrem Fachblatt Aufklärung zu geben. Wir haben nochmals aufmerksam alle Posten geprüft, fanden aber zu keinem andern Resultat. Ob wir den Bericht für das Jahr 1908 schließen, müssen wir noch einer Organisation gedenken, die den Namen führt: Steinarbeitervereinigung von Mayen und Umgegend. Soweit uns erinnerlich, wurde dieselbe 1904 gegründet; das Eintrittsgeld betrug 80 Pf. und der Beitrag in 14 Tagen 25 Pf. Zu Anfang des Jahres 1909 wurden die Mitglieder dem Keramarbeiterverband überwiesen. Ueber die Art, wie der Uebertritt erfolgte, ein andermal. Die Mayener Vereinigung hatte 1908 im Durchschnitt 1167 Mitglieder, am 31. Dezember 995.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1908 6906.— Mr. ausgaben 3683.—

Kassenbestand 3278.— Mr.

Die Einnahmen der Vereinigung im Jahre 1908 waren folgende:

Für Aufnahme	202.—	Mr.
Beiträge	4907.—	"
Extra-Steuer	1295.—	"
Sonstige Einnahmen	412.—	"

Ca.: 6906.— Mr.

Die Ausgaben im Jahre 1908:

Für Agitation	245.—	Mr.
Streikunterstützung	32.—	"
Krankenunterstützung	1425.—	"
Sterbegeld	940.—	"
Rechtschutz	58.—	"
Besondere Unterstützung	100.—	"
Gehalt	402.—	"
Verwaltung		